

Die „Volkswacht“
erscheint wöchentlich 6 Mal
und ist durch die
Expedition, Neue Grapenstr. 8/9,
und durch Kolportage zu beziehen.
Preis vierteljährlich M. 2.50,
pro Woche 30 Pf.
Durch die Post bezogen M. 3.50,
post in das Haus M. 2.50,
wo keine Post am Orte, M. 3.50.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Interaktionsgebühr
betragt für die empfangende
Zeitung oder deren Raum
25 Pfennige,
für Anzeigen, Inserate und
Berufungsbefragungen
15 Pfennige,
Ausdrucks-Interate 35 Pf.
Inserate für die nächste Nummer
müssen bis Vormittag 9 Uhr in der
Expedition abgegeben werden.

Telephon
Redaktion 3141.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon
Expedition 1206.

Nr. 169.

Breslau, Freitag, den 22. Juli 1910.

21. Jahrgang.

Vor vierzig Jahren und jetzt.

In diesen Julitagen vor vierzig Jahren brach der deutsch-französische Krieg aus, der zum Sturz der Monarchie in Frankreich und zur Einigung des Deutschen Reiches führte, aber die beiden großen Kulturnationen des Kontinents auf Jahrzehnte einander entfremdete und den europäischen Völkern die furchtbarsten Lasten des bewaffneten Friedens auferlegte. Es wäre ein erfreuliches Zeichen der Gesundung gewesen, wenn man auf beiden Seiten darauf verzichtet hätte, die schrecklichen Wunden in der Erinnerung wieder aufzureißen, die dieser große Krieg Europa geschlagen hat. Leider kann es aber die politisch gemäßigteste allmähliche Prozeß nicht unterlassen, die der französischen Kriegserklärung mit geschwollenen Festsartikeln zu feiern und sich in Gedanken schon auf die nächste Gelegenheit zu freuen, bei der die herrlichen Fortschritte menschlicher Mordechnik irgendwo zwischen Rhein und Loire in Erscheinung treten könnten. So wenig auch solche publizistische Wilderei ernst zu nehmen ist und einen nennenswerten Teil der Nation hinter sich hat, ist es doch Pflicht der sozialdemokratischen Volkspresse, gegen ein derartiges Treiben Einspruch zu erheben namens der ungeheuren Mehrheit des deutschen Volkes, die den Frieden mit Frankreich will, den ganzen ungestörten dauernden Frieden, und nichts wissen will von unnützem Erinnern und vergeblichem Streit.

Nach Kriege sind Mittel, die dem Fortschritt dienen müssen, und so brauste auch der Krieg von 1870 durch die Welt wie ein Sturm, der durch das morsche Geäst segt. Aber Kriege sind das am wenigsten ökonomische Mittel des Fortschritts, und so hat Frankreich seine dritte Republik, Deutschland seine staatsrechtliche Einigung mit furchtbaren Opfern bezahlen müssen. Es hat keinen Sinn, der Weltgeschichte den Vorwurf auszuwerfen und die Frage aufzuwerfen, ob nicht der Nutzen des deutsch-französischen Krieges ohne solche Opfer und ohne so schädliche vierzig Jahre nachwirkende Begleitererscheinungen hätte erreicht werden können. Werfen wir aber für die Zukunft die Frage auf, ob in Europa eine Politik getrieben werden soll, die mit so grenzenloser Verachtung des Menschenlebens und der im Laufe von Jahrhunderten angesammelten Kulturwerte auf ihr Ziel lossteuert wie die Hut- und Eisenpolitik Bismarcks, so kann nur das entschiedenste Nein die Antwort sein.

Die Politik der internationalen Sozialdemokratie ist darauf gerichtet, eine solche Politik von Blut und Eisen zu bekämpfen. Und ist ihre Arbeit auch noch lange nicht vollendet, so ist sie doch keineswegs vergeblich gewesen. Sicherlich ist es in keinem Lande der Welt heute mehr so leicht, Kriege anzuzetteln, wie es noch vor vierzig Jahren gewesen ist, und viele Klünste, die Bismarck anwandte, um im deutschen Volke jene kriegerische Stimmung zu erzeugen, ohne die trotz Strategie und Disziplin, Taktik und Technik kein Sieg zu gewinnen ist, würden heute kaum noch versucht werden. Sollte z. B. heute wieder eine hohenzollernische Thronkandidatur für Spanien aufstehen — eine solche Kandidatur hat bekanntlich zum Ausbruch des Krieges den Anlaß gegeben — so würde der allergrößte Teil des deutschen Volkes sich der Erkenntnis nicht verschließen, daß Frankreich eine solche Umklammerung durch die hohenzollernische Hausmacht als eine schwere Gefährdung seiner Existenz abzuwehren gezwungen sei. Nun hat ja diese Erkenntnis schließlich auch vor vierzig Jahren den faktischen Sieg davongetragen, und umso unverständlicher erscheint unserem modernen Empfinden, daß ein blöder Eitelkeitsstreit, der von Bismarck zum Anlaß genommen werden konnte, um zwei vierzig Millionen Völker wie tolle Hunde aufeinander loszulassen. Würde heute der Nachfolger des Grafen Benedetti mit dem Nachfolger Wilhelms I. auf irgend einer Kurpromenade eine mehr oder weniger höfliche Auseinandersetzung haben — eine Auseinandersetzung, in der es sich nicht um mehr handeln würde, als worum es sich damals gehandelt hat — so würde man einen Menschen, der daraus einen Kriegsfall machen wollte, für betrunken oder für verrückt halten.

Nun saß die eigentliche Ursache des deutsch-französischen Krieges freilich viel tiefer als dieser letzte äußerliche Anlaß. Aber diese Ursache besteht nicht mehr. Das deutsche Bürgerium von 1870 sah im französischen Kaiserreich den Feind der deutschen Einigkeit, die der aufstrebenden Bourgeoisie zur wirtschaftlichen Notwendigkeit geworden war. Heute wird der letzte alldeutsche Haßsturm immer noch schlag genug sein, sich vor der lächerlichen Behauptung zu hüten, die französische Republik intrigiere gegen die Einheit des Deutschen Reiches. Heute wissen wir alle, daß die deutsche Einheit nur einen einzigen ersten und gefährlichen Feind hat: nämlich Preußen, das drauf und dran ist, durch eine unvollständige Politik sein Werk von 1870 wieder zu untergraben. Von der stürmischen Vorliebe für Preußen, die damals große Teile des deutschen Volkes ergriffen hatte, ist nicht der kleinste Rest erhalten geblieben, und allenthalben dringt aus den Massen heraus ein neuer humaner und kosmopolitischer Geist gegen die alten er-

starrten Traditionen der bismarckschen Periode siegreich vor. Dieser Geist fordert den Frieden mit Frankreich, den ganzen, ungestörten dauernden Frieden! Sein naher Sieg wird den beiden Hauptvölkern Mitteleuropas und der ganzen zivilisierten Welt unermeßlichen Segen bringen. An dem Tage, an dem sich Frankreich und Deutschland die Hände zum Gelübnis reichen, daß sie für allezeit bei der Erledigung ihrer Streitigkeiten auf die barbarischen Mittel des Massenmordes verzichten wollen, beginnt ein neuer Abschnitt in der Geschichte der Menschheit.

Als vor vierzig Jahren im deutschen Reichstag über die ersten Kriegskredite abgestimmt wurde, da beteiligten sich Bebel und Liebknecht an dieser Abstimmung nicht. Es ist heute eine Ehrenpflicht nicht nur der Sozialdemokratie, sondern des ganzen deutschen Volkes, diesen beiden Männern, oder wenigstens dem Überlebenden von ihnen, den Dank auszusprechen für den Mut, mit dem sie damals gegen den Strom standen. Die später noch entschiedenere sozialdemokratische Opposition gegen Bismarcks Annegationspolitik und die Greuel der Kriegsführung wurde zum Ausgangspunkt einer großen Enttödelung; damals wurde die Friedenssaat gestreut, deren Früchte wir bald zu ernten hoffen!

Politische Uebersicht.

Gegen den konservativen Parteiführer Freiherrn v. Nitzschhofen-Wertschütz

Ist eine Untersuchung wegen angeblicher großer Steuerhinterziehungen eingeleitet worden, wie in einem besonderen Bericht in heutiger Nummer nachzulesen ist. Nach den Angaben eines früheren langjährigen Wirtschaftsinpektors des Freiherrn soll der Staat um einen Betrag von nicht weniger als 300.000 Mark geprellt worden sein.

Freiherr v. Nitzschhofen-Wertschütz ist neben Herrn v. Henning Brand Führer der konservativen Fraktion im preussischen Abgeordnetenhaus und ist namentlich bei den Wahlrechtsdebatten der jüngsten Zeit als konservativer Fraktionsredner auffällig hervorgetreten. Er war auch, wie selbstverständlich, einer der entschiedensten Gegner der Erbschaftsteuer, und man geht wohl auch nicht fehl mit der Annahme, daß er zu jenen konservativen Parteiführern gehört hat, die die „Entrüstung“ über die Behauptungen des Prof. Delbrück, die Junker hinterzögen gewohnheitsgemäß Steuern, am heftigsten schürten. Ein Fall Nitzschhofen-Wertschütz müßte sich unter diesen Umständen zu einem erschütternden politischen Skandal gestalten, wie man ihn in Deutschland zwar schon oft, aber wie es scheint, noch immer nicht oft genug erlebt hat.

Das preussische Justizministerium und das Finanzministerium sollen nach den vorliegenden Berichten um eine Beschleunigung dieser Sache angegangen worden sein.

Mit dem endgültigen Urteil über diesen neuesten, nicht ersten Fall Nitzschhofen wird man zurückhalten müssen, bis die Untersuchung abgeschlossen ist. Und die Untersuchung muß ebenso rasch wie gründlich sein! Ein Versuch, einen etwa drohenden konservativen Parteiskandal zu vertuschen, könnte nur zu einem noch größeren Skandal der Justiz und Verwaltung führen.

Arbeiterkandidat Dunkel.

Am Sonntag Nachmittag wurde die formelle Ausstellung des konservativen Arbeiterkandidaten für Frankfurt a. O. vollzogen. Die Einführung vollzog ein Rittergutsbesitzer v. Stünzner-Karbe und außer dem Kandidaten nahmen das Wort zwei Pastoren, eine adlige Exzellenz, ein Gutsbesitzer, ein Geheimer Regierungsrat a. D. und ein Agitator des Bundes der Landwirte!

Sonstige „Arbeiter“ scheinen nicht anwesend gewesen zu sein. Aber Herr Dunkel scheint sich auch bei den Aufgeführten wohl gefühlt zu haben.

Bodmann, der Schreckliche.

Genau so wie die „Deutsche Tageszeitung“ in der gestern von uns wiedergegebenen Weise, geistert die „Kreuzzeitung“ gegen den badischen Minister Bodmann los.

Das Faktieren der Regierungs-Vertreter mit den Sozialdemokraten ist eine Eigentümlichkeit Süddeutschlands. In den norddeutschen Bundesstaaten würden die Minister es, vielleicht mit einzelnen Ausnahmen, für ein äbles Zeichen und nichts weniger als schmeichlich anerkennen, wenn ihnen sozialdemokratische Vertrauens-Zusicherungen zuteil würden. So weit wie die badische Kammerfraktion ist aber bis jetzt kein süddeutscher „Genosse“ gegangen. Denn bis jetzt sind die Budgetbewilligungen immer nur mit Rücksicht auf das Agitationsinteresse begründet worden. Diesmal haben die badischen Sozialdemokraten einen festen Regierungswort erhalten. Und sie werden am besten wissen, weshalb sie so gehandelt und was sie von dem ihrerseits protegierten Minister, der die Kammerfraktion hat, Staatsminister zu werden, noch zu erwarten haben. Vielleicht

wandelt sich das Großherzogtum Baden allmählich aus einem liberalen in ein sozialdemokratisches Musterland und gewährt der „großartigen Bewegung“ die Möglichkeit des Hineinwachsens in die sozialistische Zukunftsgesellschaft.

Das genügt allerdings, um erkennen zu lassen, wie unbequem die Haltung der badischen Regierung und der badischen Sozialdemokraten dem preussischen Junkertum erscheint. Den schwersten Schmerz aber bereitet es der „Neuen Preussischen Zeitung“ mit dem ernsten Kreuz an der ehernen Stirn, daß sogar ein leidenschaftlicher Prinz sich mit den Ausprägungen des Ministers solidarisch erklärte.

Frei ist der Bursch?

Die sich „frei“ nennende Studentenschaft der Universität Gießen hatte die übliche Absicht, öffentliche akademische Versammlungen abzuhalten, in denen namhafte Politiker aller Parteien die Programme entwickeln sollten. Wie es um die vielbesungene studentische Freiheit aber in Wirklichkeit bestellt ist, zeigte sich bald, insofern das Rektorat der Giesener Hochschule die Versammlungen nach Königsberger Muster verbot. Das reizte drei freischheitlich gesinnte Jünglinge zur Opposition, und sie luden nun unter ihrem Namen zu den Versammlungen ein. In der ersten sprach der bekannte Führer der Christlichsozialen, Lic. Mumm, gewiß kein Anführer oder Revolutionär. Aber trotzdem wurden die drei Einberufer bestraft, und zwar empfindlich: der eine mit Verweisung von der Universität auf zwei Halbjahre, dem zweiten wurde sogar, falls er sich nicht bessere, die dauernde Relegation angedroht, nur der dritte kam mit einer Verwarnung davon. Um die weiteren Vorträge zu ermöglichen, übernahm ein junger Rechtsanwalt, der noch an der Universität eingeschrieben ist, dem aber eine Disziplinierung von seiten der Universitätsbehörden nichts mehr schaden kann, die Einberufungen. Die zweite Versammlung, in welcher der sozialdemokratische Giesener Stadtv. Sturm referierte, gestaltete sich zu einer großartigen Ovation für die gemäßigten Studenten und zu einer entsprechenden Demonstration gegen die kurzfristige Universitätsbehörde, die offenbar Angst hat, daß das Programm der Oppositionsparteien den Studenten besser einleuchtet als die Satzungen der regierungsfreundlichen Gruppen. Denn nur diese Annahme macht das Verbot und die Bestrafung verständlich. Immerhin zeigen sie aber, daß die akademische Freiheit ebenso illusorisch ist wie jede andere in deutschen Landen. Der Student hat wohl Sauf- und Rauffreiheit, er darf zur Not sogar Eisenbahntransporte gefährden, „Philister“ und „Polken“ verulken und verhauen, aber Bestimmungsfreiheit hat er nicht.

Auch in Freiburg veranstaltete die Freie Studentenschaft zu rein orientierenden Zwecken unter Wahrung ihres prinzipiellen Standpunktes voller Neutralität einen großen politischen Vortragszyklus. Es kamen alle großen Parteirichtungen zum Wort. Querst sprach Parteisekretär Engler über die Sozialdemokratie, dann Abg. Rechtsanw. Muser über Demokratie, Abg. Oberschulrat Geh. Hofrat Heilmann über Nationalliberalismus, Abg. Rechtsanw. Kopf über das Zentrum und zuletzt Geh. Hofrat Prof. v. Below über freikonservative Politik. Die Vorträge fanden in dem stets überfüllten städtischen Kornhaussaale vor 400 bis 500 Personen statt, unter großer Beteiligung der dazu eingeladenen Freiburger Bürgererschaft. Die Universitätsbehörde hat dort diesen Vorträgen niemals Schwierigkeiten bereitet und überhaupt in keinem Punkte eingegriffen.

Die fünf Wahlgebote des Zentrums.

Abgeordneter Erzberger hat in der Pfalz in einer vom Winthorfbund veranstalteten Versammlung über die kritische Lage im Reich gesprochen und zum Schluß folgende fünf Wahlgebote des Zentrums proklamiert:

1. In jedem Dorf muß ein Vertrauensmann aufgestellt werden.
2. Im Herbst muß in jedem Bezirk eine Vertrauensmänner-Versammlung einberufen werden.
3. Im Verlaufe des Herbstes oder Winters muß in jedem Dorfe wenigstens eine politische Versammlung stattfinden.
4. Die Zentrumspresse muß bis zum Winter wenigstens eine Viertelmillion neue Leser in Deutschland gewinnen.
5. Aufbringung von Geldmitteln für den Wahlkampf.

Das wird eine Heidenarbeit für den katholischen Klerus, aus dem sich die Vertrauensmänner in der Hauptsache rekrutieren, geben. Aber auch die Sozialdemokraten, denen die schwarzen Heerscharen von der Kanzel nicht zur Verfügung stehen, werden auf dem Posten sein müssen.

Die Buttereinfuhr aus dem Ausland ist den

Agrariern seit langer Zeit schon sehr unangenehm. In der „Kreuzzeitung“ wird nun betont, daß Deutschland jährlich vom Ausland für etwa 80 Millionen Mark Butter bezieht, davon reichlich zwei Drittel aus Rußland und aus Holland, wo angeblich sehr viel minderwertige Butter erzeugt wird. Diese minderwertige Butter werde vielfach als deutsche, nicht selten sogar als „frische Landbutter“ ange-

stündigt und verkauft, und damit der Verbraucher über die Herkunft und zugleich über den Wert der Ware getäuscht. Hier liegt unzweifelhaft ein unfauler Wettbewerb vor. Nach den Verträgen des deutschen Generalkonsulats in Petersburg wurden in dem russischen Hafen Windau während des Jahres 1909 600 000 Faß russisch-stämmige Butter verladen, davon 178 000 Faß nach Kopenhagen, die dann zum großen Teil als dänische Butter in Deutschland eingeführt wird. Die Agrarier wünschen nun, daß auf jedem einzelnen Faß Butter, das vom Auslande nach Deutschland eingeführt wird, auf dem Aufschlag das Herkunftsland deutlich erkennbar anzugeben ist. — Die Agrarier wissen selbstverständlich, daß eine solche Maßnahme einfach nicht durchführbar ist. Und wenn der Versuch, sie durchzuführen, gemacht werden sollte, daß das gleichbedeutend wäre mit einer völligen Unterbindung der Einfuhr. Das ist aber der Zweck, den sie im Auge haben. Die Butterpreise sind in Deutschland in den letzten Jahren so enorm gestiegen, daß es kaum noch eine ziemlich dreifache Unverschämtheit bezehnet werden muß, wenn von agrarischer Seite nun Maßnahmen verlangt werden, die eine weitere Preiserhöhung ermöglichen sollen.

Zentrumsfragen. Die „Germania“ behandelt am Mittwoch an der Spitze ihres Blattes die Rothmann-Holzweg-Phantasien. Das Zentrumblatt ist bestrebt, die finanzielle Lage des Reichs möglichst günstig darzustellen und bestrebt vor allen Dingen, daß neue, indirekte Steuern in Aussicht stehen. Zur neuen Militärvorlage glaubt das Zentrumblatt auf das allerbestimmteste verzichten zu können, daß alle Preisnachrichten hierüber vollkommen unzuverlässig und unzutreffend seien. Es sei nur bestimmt, daß die neue Militärvorlage im kommenden Herbst dem Bundesrat und Reichstag gehen wird. Eine Verschiebung, wie sie das Zentrum gern gesehen hätte, werde nicht eintreten. Was aber über die Einzelheiten der Vorlage gesagt werde, sei ganz aus den Fingern gesogen, insbesondere sei es eine blanke Unwahrheit, daß die Mehrausgabe 40—50 Millionen Mark betragen werde.

Das Zentrumblatt läßt gut, den Mund nicht gar so voll zu nehmen, hat doch der Hg. Erzberger selbst zugegeben, daß die vorhandene Lücke in der Heeresorganisation durch die neue Militärvorlage ausgefüllt werden müsse. Was sind aber 40—50 Millionen Mark bei der deutschen Armee? Uns scheint diese Summe noch außerordentlich niedrig gegn. Jedenfalls ist es auffällig, daß man sich amtlich in das strengste Stillschweigen hält. Wäre die geforderte Summe gar so niedrig und die Militärvorlage im ganzen so überaus bescheiden, so würde der offiziöse Klunael längst in Tätigkeit gesetzt worden sein, um die angebliche Ueberreibung auf das richtige Maß zurückzuführen. Daß dem Zentrum bei dem Gedanken Schwulst wird, daß eine neue Militärvorlage selbstverständlich neue Steuern im Gefolge haben muß, ist allerdings sehr wohl zu verstehen. Deshalb müssen die Wähler wieder so belogen werden wie 1907.

Die Partei Drehscheibe. In der Frankfurter Wochenschrift „Die Mainbrücke“ verbreitet sich der jungliberale Führer v. Lasan über die Veränderungen in den Regierungskreisen. Ihm leuchtet aus diesen Veränderungen als besonderes Merkmal hervor:

„Die Absicht (des Reichskanzlers), alle Hindernisse zu beseitigen, die einer Annäherung der Konservativen an die Nationalliberalen im Wege stehen. Der Reichskanzler strebt zielbewußt und energisch auf eine neue „Kartellpolitik“ dieser so auseinander geratenen Parteigruppen hin.“

Es sei indes eine verfehlte Spekulation, zu glauben, die Nationalliberalen würden nun samt und sonders in den alten Hafen wieder einschiffen. Sicher sei, daß der rechte Flügel der Partei für eine derartige Kartellpolitik zu haben wäre, dagegen könnte man auch ebenso bestimmt damit rechnen,

daß die weltans grösste Zahl der nationalliberalen Wähler nie und nimmer mitmachen werde.

„Dagegen scheint uns, so führt Herr Lasanle fort, daß die Erweiterung des Blocks von 1907 eine Aufgabe ist, die des Schmeißers jedes national und liberal denkenden Mannes wert sei. Gelinigt es der Regierung, die Konservativen zur Vernunft zu bringen, und zeigt die Fortschrittliche Volkspartei sich auf der Höhe politischer Grösze, dann kann es gelingen, das heute einzig mögliche zu erreichen, den Block von 1907 aus Zertrümmern und Wiedervereinigen zu lassen.“

„Ganz anderer Ansicht sind die „Jungliberalen Mütter“, Organ des Reichsverbandes der rationalliberalen Jugend. Sie halten eine Annäherung der alten Blockparteien heute für aussichtslos denn je, da die Gegensätze zwischen der bürgerlichen Linken und den mit dem Zentrum so eng liierten Konservativen sich nicht gemildert, sondern verschärft habe.

„Es kann für uns nicht dem allergeringsten Zweifel unterliegen, es ist eigentlich für uns ganz selbstverständlich, daß irgend ein Abweichen von dem eingeschlagenen Wege seitens der Nationalliberalen Partei nicht stattd. und wenn sich Passanten, was wir nicht hoffen, angeschlossen von der konservativen Partei, wirklich entschließen sollte, sich aus dem politischen Leben zurückzuziehen, die eingeschlagene Richtung wird die gleiche bleiben: Geradeaus, ohne Abweichen nach rechts und links!“

Wer weiß, was das noch werden mag mit den heutigen „Zentralen“, morgen Linkschwenker-Nationalliberalen.

Die Wirkungen der Terrainspekulation werden in drastischer Weise geschildert in einem Aufsatz über die Wertzuwachssteuer im neuesten Heft der „Post“. Man liest da:

Die Geschichte des Terrainspekulations in der dringlichsten Weise, welche schweren volkswirtschaftlichen Schäden aus dem unbehinderten Warten der Terrainspekulation in der Öffentlichkeit ausstrahlt, ging man von der Erwägung aus, der Industrie am heiligsten Boden unter: einträglichen Transaktionsverhältnissen neue Ansehensmöglichkeit zu verschaffen. Wie aber haben sich die Dinge entwickelt? Eine ziellose Terrainspekulation legte ein, an der sich die im Kreis beamteten Personen wie auch die Bankwelt mit Eifer beteiligten. Als der Kanal eröffnet wurde, hatten die Spekulant ihren Gewinn bereits in Sicht gebracht, dadurch, daß sie die Terrains in Aktiengesellschaften eingebracht hatten. Das Publikum ist sich um die Aktien. Aber die erhoffte Ansiedelung blieb aus. Nicht etwa weil der Kanal unzulänglich gebaut war, auch nicht deshalb, weil die allerdings recht hohen Kanalgebühren prohibitiv (verhindernd) wirkten; sondern weil die Grundstücke durch die hohen Grundwertsteuern am Kanal abgedreht wurde. Waren doch inzwischen Steigerungen (der Grundstückspreise) um 500 Prozent eingetreten. Und nun ergab sich folgender Kreislauf: Der Kanal rentiert nicht, weil keine Verkehrler an seiner Ufer wohnen. Ansiedler kommen nicht, weil die Terrainspekulation zu hohe Preise fordern. Ziel aber können nicht mit den Preisen heruntergehen, weil die Terrains seiner Zeit zu hoch infiziert worden sind. So erleiden alle produktiven Elemente Schaden: Die Industrie, welche von der Transaktionsverbesserung keinen Gebrauch machen kann; die erwerbsfähigen Arbeiter des Reiches, welche das kostspielige Unternehmen zu verzinsen haben, die Aktionäre der Terrainspekulation, welche ihr Geld zur Erschließung des Terrains, zur Baueinrichtung und anderen produktiven Zwecken auf Spiel gesetzt haben. Gewinn haben nur die unproduktiven Elemente, die nichts weiter zu tun brauchen, als den auf öffentliche Kosten geschaffenen Wertzuwachs einzusteuern.“

Der Zar, unser Freund. Im August wird angeblich zwischen Kaiser Wilhelm und dem Zaren in den finnischen Grenzorten eine Zusammenkunft stattfinden. Der Zar soll an Kaiser Wilhelm, während dieser sich in Begleitung, ein Telegramm gerichtet haben, in dem er ihm nach Beendigung der Nordlandfahrt eine Kulkamenturung vorschlug. Kaiser Wilhelm soll in einem Telegramm an den Zaren erwidert haben, daß er den Vorschlag annehme und als Ort der Zusammenkunft die finnischen Grenzorte vorschlage. Auch in Wien wird Kaiser Wilhelm in diesem Jahre einen Besuch abstatten.

30.000 Wagen. Am letzten Sonnabend, den 16. Juli, hat die preussische Staatsbahnverwaltung im Hubschienenbetrieb mehr als 30.000 offene Wagen zur Beladung gestellt. Es ist dies das erste Mal, daß das dritte Jahrausland erreicht und sogar überstiegen worden ist. Das zweite Jahrausland wurde im März 1900 und die Zahl von 25 000 Wagen im Mai 1905 erreicht.

Ein Unzufriedener. Daß Graf Tofadowski von dem Gasa der inneren Politik Deutschlands und namentlich von dem vollständigen Stillstand und bedauerlichen Verschlechterungsbereichen in der sozialpolitischen Gesetzgebung nichts weniger als entzückt ist, weiß man. Die „Magdeburger Zeitung“ weiß darüber noch ein paar Details zu berichten und teilt dabei als des Grafen „authentische

Worte“ mit: „Es ist nicht besser gegangen, seitdem ich aus dem Amt schiebe. Es ist sogar von diesem Augenblick an schlechter gegangen.“

Man sieht, liegt gegenüber sogar die Minister — wenigstens die gewesenen — zu den Unzufriedenen.

Verfuchtes Vieh. Das „Hamburger Fremdenblatt“ erfährt aus unerlässlicher Quelle, daß von der internationalen Ausstellung in Buenos-Aires als verfehlt zurückschickte Vieh in Hamburg wieder eingelassen ist. Von einer von der Regierung in Berlin unter Führung von Geheimrat Neumann in Hamburg einsetzten Kommission von ungefähr 30 Personen wurden sämtliche Stücke am Montag geschlachtet, um sie genau zu untersuchen. Die Untersuchung und ihr Ergebnis hat man bisher geheim gehalten. Schlußfolgerung wurde bei 60 bis 70 v. H. der Tiere eine stark vorgeschrittene Tuberkulose tatsächlich festgestellt.

Der Aufstand in Südamerica beendet. Der neue Kolonialkrieg, der gegen die Mafas geführt werden sollte, ist noch im Keime erstickt worden. Die Afrikanische Kompanie in Berlin hat aus Plantation in Südamerica folgendes Telegramm ihres Vertreters erhalten:

„Der Aufstand in Südamerica ist bereits erloschen. Faktoren sind nicht ausgerannt worden. Die Handelsgeschäfte werden wieder aufgenommen. Major Dominik hat den Aufstand niedergeworfen. Die Schwarzen haben nach dem Erscheinen des Majors Dominik und seiner Truppen um Ruhe und Frieden gebeten.“

Wie die „Allgäuer Rundschau“ an maßgebender Stelle hört, hat es sich in Südamerica um keinen Aufstand gehandelt, sondern nur um den Huz des Hauptmanns Dominik zur Richtigung des Mißbehens des Kaufmanns Breitenschneider, der noch nicht beendet sein soll.

Eine neue Stobspost kommt aus Palisa, einer deutschen Kolonie in Ostindien. Danach soll ein Deutscher aus der dortigen Kolonie in dem Feldadmiral Hreb durch Eingeborene erschossen worden sein. An die kaiserliche Botschaft in Konstantinopel sind bereits die erforderlichen Maßnahmen ergangen.

Reichstagswahl in Warburg. Die Erbschaft für den verstorbenen Abg. Schmidt (Zentrum) im Wahlkreis Warburg-Süd ist auf den 30. August festgesetzt. Der für diesen Kreis zuständige Regierungsvizepräsident hat jedenfalls den Erlaß des Ministers des Innern bezeugt. Demgegenüber scheint der Regierungsvizepräsident in Frankfurt a. O. den Erlaß, wonach Erbschaftswahlen innerhalb 40. spätestens aber innerhalb 90 Tagen vorzunehmen sind, entweder nicht erhalten, oder übersehen zu haben. Hoffentlich ist für nun die Regierung dafür, daß der Wahltermin für Frankfurt a. O. endlich angelegt wird ohne jede Rücksicht auf die Interessen der Agrarier.

Der polnische Reichstagsabgeordnete Dr. Anterski. Vertreter des Wahlkreises König-Tschel, wird infolge von Unfruchtbarkeit mit seinen Fraktionskollegen bei der nächsten Wahl nicht mehr kandidieren.

Die Revision der Bonner Vorurteile verworfen. Ein Telegramm aus Köln meldet: Das Oberlandesgericht hat die Revision der Bonner Vorurteile v. Quistorp und Graf Fink v. Finkenstein, die im Falle Fink von der Bonner Strafkammer zu je acht Tagen Gefängnis verurteilt worden waren, verworfen. — Weib noch die Wegnädigung!

Ausland

Die Gründung tschechischer Gewerkschaften wird in Döherer's planmäßig fortgesetzt. Jetzt sind die Holzarbeiter an der Reihe. Wie der „Solgarbeiter“ mitteilt, hat man in Bräun unter Führung des Landtagsabgeordneten Bauer eine Reihe altbewährter Vertrauensleute beiseite geschoben und den neuen Verband ins Leben gerufen, der in Verbindung mit der von B. begründeten tschechischen „Volkspartei“ steht. Um gleich eine Mitgliedszahl zu beschaffen, hat die Parteien der Zahlstelle, des Gaus und des Dispositionskontos dem Zentralverband zu entstehen und als Gründungs-fonds zu benutzen. Da in gleicher Weise bei Gründung des Textilarbeiter-Sonderverbandes vorgegangen wurde, so scheint es sich in dieser Art, die Kriegsklassen des „Reines“ zu beschlag-nahmen, gleichfalls um einen festen Plan zu handeln. Gegen die Sonderorganisationen haben sich die internationalen Konferenzen der Textilarbeiter (in Velle) und der Buchbinder (in Genua) erklärt. Die erstere, die von den Verbänden Deutschlands, Oesterreichs, Frankreichs, Englands, Belgiens, Dänemarks und der Schweiz besetzt war, beschloß, die Mitglieder-Sonderverbände als unorganisiert zu betrachten und jedes Gegenverhältnis mit ihnen abzulehnen.

Ein Erfolg der Sammlungsaktion in Frankreich. Die Zerlegung des Radikalismus, die schon bei den Wahlen deutlich hervorgetreten ist, macht Meinenfortschritte. Wie überall, fällt der größte Teil des Kleinbürgertums, das radikale Phrasen liebt, aber noch mehr für sein Sechsgroschen-Eigentum

Noland von Berlin.

Roman von Willibald Alexis (W. Gätling)

„Da sollte ja das Donnerwetter drein fahren, so's auch kein Losschlagen gab!“ rief die Kleine Schulenburg. Da ward ihr Geschrei durch Trompetenschläge unterbrochen, die Klügeln gingen auf und die Herren schritten zur Tafel.

Das war wohl eine Lust zu sehen, ebenso die gebedren Tafeln, als wie die Herren zulangten. Waren auch gar nicht viele, obschon der Kurfürst oben saß, und neben ihm seine Fürstin, und auch manche schone Frau und manches schone Fräulein. Nur zum ersten Anfang da wußten die Herren nicht, wo sie ihre Ellbogen lassen sollten. Dazwischen es aber gar nicht lang, so griffen sie in die Schüsseln und rissen, als wärs eine Schwärze, wo keiner zu spät kommen darf, und stießen mit ihren Ellbogen, als gäb es keine Nachbarn und Nachbarinnen. Nahans aber auch keine Uebel, wenn ihr ein Knochen vom Hüftlein in die Schürze fiel, das ihr Nachbar mit den Zähnen zerris. Sie lachte und hob ihm dafür das ganze Geschloß von ihrem Teller auf seinen und er wußt es behalten.

Widwohl es seht aus alten Büchern, daß schon der Gott Nepunus bei den alten Heiden eine Gabel hatte, wie es auch der gemeine Mann an manchen alten Brünnen noch sehen kann, so ist doch auch gewis, daß man dazumal nicht mit Gabeln aß. Die Gabel nahm man zum Heu und meinte, daß Gott uns die Finger gegeben, um damit zu essen. Was sich auch mancher das schwer vorstellen, daß die zarten Fräulein mit Fingern das Fleisch zum Rinde führten, so ist's doch so. Die schone Selena war freilich nur eine Seidlin, aber wenn auch die Königin Maria Stuart, eine gute Christin, noch um hundertfünfzig Jahre später als unsere Geschichte, mit ihren Fingern die Ente zerris und höchstens mit den Zähnen dabei half, so wird man sich nicht wundern, daß auch unsere mächtigen Fräulein das taten. Auch die Kurfürstin machte es nicht anders, nur daß ihr der Küchenmeister mit seinem Messer etwas zuschnitt. Alles konnte er aber doch nicht tun. Ward's auch nicht von ihm verlangt. Die schone Stinger sahen da freilich aus, daß man nicht Saft und Selbe damit angriff; dafür war aber das Tischgesch, und überdem lag bei jedem ein Löfflein, daß er sich abwickeln, wenn's ihm nötig bunte. Dielein aber bunte das nicht nötig und wohl mit Recht; denn weshalb mich waschen, wenn ich gleich darauf wieder in die Schüssel greife?

Die fränkischen Ritter sahen wohl mit Verwunderung, wie die mächtigen Schlangen, aber im Trinken waren sie's ihnen gleich. Am wenigsten ab der Markgraf, worauf er merkte, waren die Reden, die sie führten, und die Trinkprüche, die sie sich zubrachten.

Der Herr von Wuffo sah auf mit seinem Fasel und rief: „Diesen Trunk dem Andenken des edlen Markgrafen Otto und den mächtigen Edeln, und daß nimmermehr die Zeit wiederkehrt, wo häßliche Hunde einen edlen Fürsten gefangen haben können!“

Wie der Spruch auch vielen behagte, dem, so er zumisch galt, gefiel er nicht ganz, denn er sah besorgt auf den Gott aus Stettin, den Bürgermeister Albert: Günde, und antwortete darum: „Man flehigen Bürgern und guten Städten Ruhm und Preis, so sie neu an ihrem Herrn halten, und nicht mehr wollen, als ihnen zusamment. Aber Tant auch Euch, Herr Wuffo, für den frommen Wunsch. Die Fürsten werden sich ist wohl wahren, daß man sie nicht in einen Käst, sperrt.“

Der Markgraf lenkte dann das Gespräch auf andere Dinge. „Hat mir mein Bruder, Herzog Albrecht aus Adolfsburg, sehr gute Neuigkeiten geschrieben“, sprach er, „von einem Ritter, der soll aus der Welt sein, und hat sich im Türkenkrieg so ausgezeichnet, daß er viel Ruhms von sich macht. Er hat ein Nählein geführt an dem grauhaken Tage von Barna, und hätten sich alle gehalten als er, schreibt mein Bruder, dann brauchte die Christenheit nicht um den Tag zu weinen, als nun geschiedt. Gott ist's gesag! Inzwischen dreißig Fürsten hat er mit eigener Faust umgebracht in der einen Schlacht und selber den König Ludwig und einen anderen christlichen Fürst hauptmann herausgedrungen aus den Feinden. Ja, als jeder der Ungarländer gefallen war, hielt er noch mit seinen Leuten und wieß den Ungarlingen die Zähne, und keiner wagte sich an ihn, denn, ganz von Blut übergoßen, und einen Morgenstern über dem Kopfe schwingend, schaute er so furchtbar aus, daß die Christen selber sich vor ihm entsetzten. Ganz Ungarland ist seines Lobes voll und er hat viele von den christlichen Kriegs-leuten auf der Flucht getoßt. In der Stadt Wien, vermeldet mein Bruder, hätten sie acht Tage lang von nichts gesprochen, als dem tapferen brandenburgischen Herzogmann, und die Weiber wären wie toll gewesen und vor seiner Herberg hätten sie tagaus tagein gestanden, um ihn zu sehen, und wenn er sich gezeigt, ihm zugehrieen allerlei schone Worte, und die fürnehmsten Frauen und Fräulein schenken ihm gestricke Binden und Fahnen und Kränze; ja sie hätten sich gestritten, wer von ihm eine Locke bekommen möghe. Ja, wenn er allen Weibern hätte dienen wollen, hätte er sein Haar lassen müssen in Wien. Auch auf die Burg ward er geführt zum Kaiser, der schlug ihn selbst zum Ritter, da es herauskam, daß er da noch nicht war, und

hängte ihm eine güldene Ehrenkette um. Nun wünscht mir mein Herr Bruder Glück zu einem solchen Ritter und Unterthanen. Aber weiß einer von ihm?“

Alle hatten aufmerksam zugehört, aber es wußte es doch keiner. Und von den Freunden der Ritter, so mitgezogen waren in den Türkenkrieg, war der eine an der Best gestorben, der andere in der Schlacht gefallen, und sie rieten unvorsig.

„Den Namen hat mein Bruder nicht geschrieben“, sprach der Markgraf. „Aber er soll uns wert sein, und wenn er zu uns kommt, als ich hoffe, wollen wir alle ihn gut aufnehmen und seinen uns freuen.“

Am andern Ende der Tafel war ein lebhaft Gespräch und sie redeten die Klöße zusammen und einige lachten. Der Markgraf fragte, ob da einer von dem waderen Ritter wüßte? Zurich schüttelten sie, dann aber antwortete der alte Bardeleben: „Von einem Ritter ist wohl die Red“, gnädiger Herr, der auch von sich sprechen mag; weiß aber nicht, ob's zum Guten ist, von ihm viel sprechen?“

„Ist's ein Märtyrer vom Adel?“ fragte der Markgraf. Da schüttelten sie wieder, bis einer den Namen Köpplin Barneloh leit nannte.

Die Stirne des Fürsten runzelte sich und sein Auge ward ernst. „Sollte ein guter Märter den nicht mehr nennen, der nicht mehr dieses Landes ist. Zum wenigsten gehört der Name nicht vor die Ohren des Landesherren.“

Übermal schwiegen die Ritter, stand aber soviel in ihren Mienen geschrieben, daß der Herr, der sie aufmerksam betrachtete, fragte: „Was ist's wieder mit ihm? Der böse Dieb ist gedacht und aus dem Lande verwiesen.“

„Trotz aber sein Wesen ärger denn zuvor“, sprach der von Bardeleben.

„Das kümmert uns nicht“, sagte der Kanzler. „Daß nur die Schächlichen dafür sorgen. Wir haben genug mit unsren zu tun.“

„Und wie hat er in Hoffen gewirtschaftet noch vorige Woche“, sprach der Bardeleben. „Unter den Augen derer in der Burg sie waren aber zu schwach, plünderte er vier Häuser und schleppte Weiber und Kinder fort. Unsere Komturen kaum wehren, daß nicht der Markt in Flammen ausging.“

„Und die Geschichte in Wittbrühen“, rief ein anderer, „we hätte es für möglich geacht! Zwangen den Pfaffen, er muß ihnen zürlichen einen Mittagsstich, was er konnte, und schmausen und trieben Kurzweil mit des Pfaffen beiden Saushälterinnen. Wußte ihnen der selbst dazu die Geige spielen, beriet der Köpplin und seine Gefellen tanzen.“

(Fortsetzung folgt)

schiel, nach rechts hin. Die Erklärungen der Regierung zu dem Verbleib der Reichsregierung, die sich auf die Wahl der Reichsversammlung im Jahre 1909 beziehen, sind im Reichsanzeiger vom 15. d. M. veröffentlicht. In der Sitzung der Reichsversammlung am 15. d. M. hat die Reichsversammlung auf neue Wahlen abgestimmt. In der Sitzung der Reichsversammlung am 15. d. M. hat die Reichsversammlung auf neue Wahlen abgestimmt. In der Sitzung der Reichsversammlung am 15. d. M. hat die Reichsversammlung auf neue Wahlen abgestimmt.

Nach bisherigem Brauch hätte nun der in die Minderheit geordnete Kandidat in einem öffentlichen Mandat zu kandidieren. Aber der Reichsversammlung ist es gelungen, die Kandidatur zu verhindern. In der Sitzung der Reichsversammlung am 15. d. M. hat die Reichsversammlung auf neue Wahlen abgestimmt. In der Sitzung der Reichsversammlung am 15. d. M. hat die Reichsversammlung auf neue Wahlen abgestimmt.

Ueber die russischen Spionagen wird weiter berichtet. Die Verhaftungen im Ausland sind in der Tat sehr zahlreich. In der Sitzung der Reichsversammlung am 15. d. M. hat die Reichsversammlung auf neue Wahlen abgestimmt. In der Sitzung der Reichsversammlung am 15. d. M. hat die Reichsversammlung auf neue Wahlen abgestimmt.

Amerikanische Beweismittel. In Wien wurde eine Versammlung des Deutschdemokratischen Vereins, in der über die Verhaftungen der christlich-sozialen Partei unter Umständen geurteilt wurde. Die Menge schlug mit Stühlen und Biergläsern. Die Polizei mußte einschreiten. Mehrere Verhaftungen wurden vorgenommen. Ein „Kampf mit geistigen Waffen“ unter geistlichen Prätern.

Der Rücktritt vom Priesteramt. Der Priester Don Romolo Muri, der Begründer des italienischen Modernismus, hat nunmehr den Priesterstand endgültig verlassen. Muri wird in nächster Zeit nach Berlin reisen und daselbst am Kongress für freies Christentum teilzunehmen.

Ein Grade-Flieger für Japan. Die japanische Regierung hat einen Grade-Flieger zur sofortigen Lieferung in Auftrag gegeben.

Partei-Angelegenheiten.

Als Reichstagskandidaten für Magdeburg stellte der Sozialdemokratische Verein einstimmig und ohne Debatte den Rechtsanwalt Otto Landsberg auf. Der Kandidat ist ein Bruder unseres Preßler Genossen Dr. Landsberg.

Die Jahresversammlung des sozialdemokratischen Landesvereins für das Herzogtum Anhalt am Sonntag d. 14. d. M. wurde durch die Wahl zum Reichstagskandidaten einen erheblichen Einschnitt in die Organisation ausgeht hat. Die Zahl der organisierten Mitglieder, sowie der Momentenstand hat sich erheblich vermindert. In der Sitzung der Reichsversammlung am 15. d. M. hat die Reichsversammlung auf neue Wahlen abgestimmt.

Die Ostfrage in Elsaß-Lothringen. Die Landesversammlung der sozialdemokratischen Partei Elsaß-Lothringens am 16. und 17. Juli in Dornum. Anwesend waren 11 Teilnehmer, außerdem als Gäste Gert vom Partei-Vorstand und Gert vom badischen Landesvorstand. Der Landesversammlung war eine lebhafteste Debatte in der öffentlichen Presse und in den Parteiveranstaltungen über die Stellung der Sozialdemokraten zum Ostroi veranlaßt. Bei der Durchsicht der Parteiveranstaltungen kamen mehrere Mitteilungen zum Ausdruck.

Der Vorstandsbericht des Genossen Buchs stellt fest, daß die Partei an Mitgliederzahl nicht erheblich zugenommen hat. 14 Mitgliederzahl beträgt 373; das ist ein Anstieg von 5 Prozent der Reichstagswahlen; in einem Kreis sind 13 Prozent organisiert. Auch die Presse ist noch ungenügend verbreitet. Die Diskussion, die von dem Genossen Emmel im Elsaß eröffnet wird, bezieht sich in erster Linie auf die Gemeindegewahlen, bei denen die Genossen nicht mit reiner Liste vorgedrungen sind, ferner auf ein Heftchen beim Bezirkspräsidenten des Unterelsaß, an dem auch sozialdemokratische Mitglieder des Reichstages teilgenommen haben.

Der Sachverhalt war die Behandlung der Ostfrage. Der Referent, Genosse Petrovsk-Stahburta, verteidigt den Standpunkt, daß die Frage der Aushebung des Ostrois von Fall zu Fall geprüft werden müsse und nicht als allgemeine Frage behandelt werden dürfe. Die Straßburger und anderer Genossen haben dementsprechend eine Resolution eingebracht. Der Referent, Genosse Emmel, verteidigt den entgegenstehenden Standpunkt, daß auf Grund des Kommunalwahlprogramms und des deutschen Parteiprogramms das Ostroi als ein Teil des indirekten Steuerwesens zu betrachten ist und deshalb in allen Fällen kämpft und abgelehnt werden muß. Er schließt mit den ebenfalls beschriebenen Parteigenossen eine dementsprechende Resolution ein, die auch angenommen wurde.

Am 11. d. M. wurde nach ein Referat des Genossen Dr. Buchs die Wahl der Elsaß-Lothringische Verfassungskommission beschlossen und eine dementsprechende Resolution eingebracht. Die Resolution fordert die Autonomie Elsaß-Lothringens in republikanischer Form, die Durchführung des parlamentarischen Regimes und die Einführung des Reichstagswahlgesetzes unter Anwendung des Proporzgesetzes. Hieran erfolgte die Wahl des Landesvorstandes, in den die bisherigen Genossen wieder hineingewählt wurden.

Arbeiterbewegung.

Gelbschwarze Streikbrecherkompagnien.

Die gelben Streikbrecher-Ersche des Brauereigenössenbundes erhalten Zutritt zum „christlichen“ Hilfs- und Transportarbeiterverband. Diese christliche Organisation, die durch ihre fortgeschrittenen Verhältnisse und durch ihre Unfähigkeit in gewerkschaftlichen Fragen ihre Mitgliederzahl in zwei Jahren von 15.470 auf 19.752 herunterorganisiert hat, die an chronischem Geldmangel leidet, muß sich wohl sehr schmerzhaft empfinden, daß es mit der „christlichen“ Bewegung auch in der Schweiz ebenso faul ist. Sie bemüht sich deshalb den Kampf der Brauereiarbeiter in der Schweiz, um die christliche Bewegung in der Schweiz durch Zuzug von Streikbrechern zu fördern. Die „Gewerkschaftsstimme“, das Organ des christlichen Verbandes, fordert in Nr. 28 vom 11. Juli die Mitglieder auf, „nach der Schweiz zu gehen und dort in Arbeit zu treten“. Die „Gewerkschaftsstimme“ führt dann auf, welche Streikbrecherarten in der Schweiz gebraucht werden, wie hoch der Lohn ist, den sich die Brauereiarbeiter der Schweiz bisher erkämpft haben und der nun den Streikbrechern winkt, und schließt dann mit:

Wir bemerken noch, daß die Reiseflohen den Kollegen verweigert werden. Die Garantie dafür übernimmt der christliche Gewerkschaftsbund. Die Kollegen aus Ostschweiz und Tessin wollen sich bei Eintreffen in der Schweiz in St. Gallen wenden an den Kollegen Sekretär Bröckelmeier, Poststraße 11. Die zurückkehrenden Kollegen aus Westschweiz wenden sich nach Basel an Sekretär J. Groben, Sulzstraße 10. Von dort aus erfolgt die Zuweisung an die Arbeitsorte.

Also ein richtig organisierter Streikbrecherverband gemeinsam mit den gelben Streikbrechern des Brauereigenössenbundes, der seine Streikbrecher auch an die oben genannten christlichen Arbeitersekretäre überläßt. Und damit man eine Begründung für die Streikbrecherfunktion hat, arbeitet die „Gewerkschaftsstimme“ nach dem Rezept der Hölle und erzählt allerlei Märchen vom Terrorismus der Gewerkschaft. Sie weiß aber sehr gut, daß die Schweizer Brauereiarbeiter durch ihre Forderung der Regelung des Arbeitsnachweises mit ihren alten Mitgliedern und Familienmännern vor der Polizei und dem Untersuchungsrichter durch die Unternehmer, schützen wollen; sie weiß auch, daß in der Schweiz von einer christlichen Organisation der Brauereiarbeiter keine Spur zu finden ist, aber durch diese Streikbrecherfunktion hofft sie, eine solche zu schaffen. Das ist der christliche Zweck, weshalb der christliche Transportarbeiterverband mit dem gelben Brauereigenössenbunde gemeinsame Sache macht, beide von dem gleichen Wunsche besetzt.

Der von dem „Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften“ als „verwandtes Organisationsgebilde“ und als Streikbrecherorganisation bezeichnete gelbe Brauereigenössenbunde mit dem christlichen Hilfs- und Transportarbeiterverband zum gemeinsamen Tun vereinigt; die „christlichen“ und „gelben“ Streikbrecher Arm in Arm — ein Zuchtmeister für Wölfe.

Die wütenden Stompfgen werden sich wohl verrechnen.

Achtung, Kartonnagenarbeiter! In Schmitz i. S. drohen bei der Kartonnagenfabrik Rob. Müller Differenzen auszubrechen. Bezug von Kartonnagenarbeitern, Puchbinde und Hilfsarbeitern ist ferngehalten.

Eine Charybath-Ausprägung nahm die Firma Reber in Unterriedbach bei Höchst a. M. vor. 200 Arbeiter wurden plötzlich entlassen, weil sie sich weigerten, Streikarbeit für die Firma zu leisten, die von Württemberg kam, wofür die Arbeiter ausländisch sind.

170 Verletzungen in einem Betriebe. Zwischen der Firma Rodenstock, optische Anstalt München, und dem Deutschen Metallarbeiterverband, Zahlstelle München, ist es vor kurzem zu Auseinandersetzungen gekommen. Dieser Vorgang veranlaßt die Organisation, dem Rodenstock'schen Werkbetriebe mehr Aufmerksamkeit zuzuwenden, um den Betrieb auf sein Verbot, so gut es ging, zu kontrollieren. Dabei stellte sich die selbst für Handwerker freispäzierende Tatsache heraus, daß die Firma Rodenstock ca. 170 Verletzungen männlichen und weiblichen Geschlechts verursacht hat. Das beweisen die Verletzungen, die sich bei der Arbeit ereignen, die als Ausbrennungsbilder betrachtet. Anstatt sich aber energisch gegen diese kapitalistische Verletzungshäuferei zu wenden, vollziehen die berufsmäßigen Handwerker lieber gegen die Sozialdemokratie.

Der sechste ordentliche Gewerkschaftskongress Oesterreichs ist von der Reichskommission der Gewerkschaften auf den 17. Oktober nach Wien einberufen worden. Auf der Tagesordnung stehen außer den geschäftlichen Angelegenheiten und regelmäßigen Berichten die Berichte der Gewerkschaftsvertreter in den vom Staat angeordneten Körperchaften: dem Arbeitsministerialrat, dem Unfallversicherungsminister und dem Wassertrahnenrat — der Kampfbund die Einheitspolitik der Gewerkschaftsorganisation (Referent Groben) — die Taktik bei Streiks und Lohnbewegungen (Referent Groben). Eingehend verhandelt wird die Sozialpolitik im Parlament. Neben dem allgemeinen Referat des Abgeordneten Schrammel stehen besonders über den neuen Strafgesetzbuch (Dr. Ingwer); die gesetzliche Verknüpfung der Arbeitszeit (Abgeordneter Vanusch); die Abschaffung des Arbeitsbuchs (Abgeordneter Semmler); Wohnungsfrage und Arbeitsvertrag (Abg. Remmann). Den Kern der Verhandlungen wird die Stellungnahme zu den tschechischen Versplitterungsbestrebungen bilden. Auf die Zusammenlegung des Kongresses über diese inoffiziellen Einflüsse, als bei der Feststellung der Zahl der einzelnen Verbänden stehenden Delegierten die in Böhmen wohnenden, der tschechischen Gewerkschaftskommission angeschlossenen Mitglieder nicht mitzurechnen sind.

Proletarier in „gehobener“ Lebensstellung. Im Jahrbuch für die soziale Bewegung der Industriearbeiter veröffentlichte Wiedemann eine Hebericht über die Organisations der Angestellten im Jahre 1909, der mit folgenden Angaben enthielt. Was zunächst die kaufmännischen Angestellten betrifft, so hat der antinationalistische — sogenannte „deutschnationale“ — Verband 2190 Mitglieder verloren: er sank von 111.235 auf 108.715. Noch viel mehr, nämlich über 10.200 Mitglieder verlor der „Deutsche Verband kaufmännischer Vereine“ zu Frankfurt am Main. Alle übrigen Verbände (es sind im ganzen 16, die Wiedemann anführt) haben zugenommen, so daß trotz des starken Verlustes von 12.700 Mitgliedern in den genannten beiden Verbänden doch insgesamt ein Gewinn von 9600 Mitgliedern herauskommt. Man darf aber daraus leider noch nicht auf ein Aufblühen des Gewerkschaftsgedankens unter dem Handelsgeheimen schließen, denn den größten Teil dieses Zuwachses haben die rückständigsten Verbände eingebracht: fast 9000 der Hamburger Verein von 1858, 2700 der Leipziger Verband, über 4000 der Deutsche Bankbeamtenverein. Auf dem Zentralverband kommt nur ein Zuwachs von 1066, was freilich bei einer Mitgliederzahl von 9870 (am 31. Dezember 1909) mehr als 10 Prozent ausmacht. Über die übrigen Verbände, die auf liberalem Boden stehen, haben keinen größeren, prozentual sogar noch geringeren Zuwachs zu verzeichnen: 1255 der Verband für weibliche Angestellte, und der Hilfs-Duisburger Verein der deutschen Kaufleute gar nur 127. In sämtlichen 16 Verbänden waren am 31. Dezember 1909 über eine halbe Million Handlungsgesellen organisiert, nämlich 500.362. Das wäre eine überaus stattliche Zahl, eine achtunggebietende Macht, mit der die Prinzipale rechnen müßten, wenn sie in einem Verband zusammengefaßt wären, und zwar in einem solchen, der, wie der Zentralverband eine wirkliche Gewerkschaft wäre, statt dessen sind alle diese Verbände außer unserem Zentralverbande noch in Harmoniebefehl befangen.

Unter den Technikern weiß der Bund der technisch-industriellen Beamten eine Zunahme von 2032 auf, so daß er jetzt über 15.000 Mitglieder zählt. Freilich wird er noch bei weitem übertroffen vom Deutschen Technikerverband, der 1909 2319 neue Mitglieder gewann und nunmehr einen Mitgliederbestand von 27.859 hat. Der Deutsche Metallarbeiterverband hat durch

Zuwachs von 1888 neuen Mitgliedern eine Zahl von 59.077 erreicht. Die Gesamtzahl aller (in 18 Verbänden) organisierten Techniker beträgt 117.858, ebenfalls eine starke Macht — doch gilt hier das gleiche, wie für die Handlungsgesellen.

Erstlich sind in vier Verbänden über 13.300 Arbeiter ange stellte organisiert, und in zwei Verbänden über 10.400 Landwirtschastliche Angestellte. Zum Schluß führt Wiedemann noch eine Reihe von Vereinen von Lehrern, Flechtelshauern, sonstigen Privatbeamten, Choränglern usw. an, die für gewerkschaftliche Zwecke wohl kaum in Frage kommen. Obstens wäre die „Genossenschaft deutscher Pfingstangehöriger“ zu erwähnen, die einen Zuwachs von 3183 zu verzeichnen hat und damit einen Stand von 11.112 Mitgliedern erreicht.

Infolge des kanadischen Eisenbahnerausstandes läßt auf dem gesamten kanadischen Grand Trunk-Eisenbahnnetz von den Personenzügen weniger als die Hälfte; der Güterverkehr ist gänzlich eingestellt. Insgesamt sind 5000 Angestellte im Ausland. Das Geschäftsleben ist fast in Mitleidenschaft gezogen. Schließlich hat dieser Ausstand auch nach den Vereinigten Staaten übergriffen. Wegen des Streikes auf der Wabash-Eisenbahn, der im Anschluß an den Streik auf der Grand Trunk-Eisenbahn ausgebrochen ist, ist auch auf der Wabash-Bahn der Verkehr teilweise eingestellt worden.

Aus den Gerichtssälen.

Wühnenkünstlerin und Ehepflichten. Eine überaus interessante Entscheidung fällt dieser Tage der 3. Zivilsenat des Reichsgerichts in dem Streit einer Bühnenkünstlerin zwischen ihren Pflichten gegenüber ihrem Direktor und gegenüber ihrem Ehemann. Das Berliner Triang-Theater und gegenüber dem Schauspielern Ella W. auf Zahlung von 11.000 Mark Konventionalstrafe, und zwar, weil die Künstlerin trotz ihrer eingegangenen Verpflichtung, auch bei Verheiratung weiter zu spielen, nach ihrer Verheiratung mit einem Kaufmann aus Wien ihren Jahresvertrag nicht innehielt. Die berufliche Schauspielerei machte beim Landgericht geltend, die Heirat sei keine Entlassung von den Pflichten, denn als Verheiratete sei sie nicht mehr Herrin ihrer selbst. Ihr Ehemann verlangete, daß sie in Wien, seinem ständigen Wohnort, bleibe, und sie müsse sich fügen, da er sonst durch gerichtliche Schritte sein Ehrerecht durchsetzen werde. Beim Landgericht kam die Künstlerin auch mit diesem Einwand durch, das 1. Kammergericht stellte sich indessen auf einen gegenteiligen Standpunkt, indem es die Klage der Direktorin dem Grunde nach für berechtigt und die Verklagte für schadenersatzpflichtig hielt. Die daraufhin eingelegte Revision verwarf jetzt das Reichsgericht mit folgender Begründung: Es entspricht der in der Rechtsprechung des Bühnenschlichtergerichts bekundeten Anschauung der beteiligten Kreise selbst, daß Heirat den Vertrag der Schauspielerei nicht löst. Auch lehrt die Erfahrung, daß gerade die hervorragendsten Schauspielerinnen nach der Ehe ihrem Beruf nicht entsagen. Jedenfalls ist aber eine Kündigung aus genauem Grunde unstatthaft, wenn sie, wie hier, vertraglich ausgeschlossen ist. Eine solche Vereinbarung verstößt auch nicht gegen die guten Sitten, die Freiheit der Ehevertragsung wird dadurch nicht beeinträchtigt, zumal Verklagte nur ein Jahr gebunden war. Die Vertragspflicht konnte allerdings zu einem Mißverständnis mit den Rechten des Ehemannes führen, was hier auch geschah. Diese Möglichkeit ist aber im allgemeinen nicht besonders naheliegend. Der Beruf als Schauspielerin bringt es mit sich, daß ihre eine größere Unabhängigkeit der Lebensführung vom Ehemann gestattet wird, als sie andere Ehefrauen genießen und beanspruchen. Zur Innehaltung des Vertrages kann zwar Verklagte nicht gezwungen werden, aber sie muß den Direktor vermögensrechtlich schadlos halten.

Literatur.

Der Kunstwart. Das halbeheftige Volksblatt äußert sich über die bekannte Halbmonatsschrift für Ausdruckskultur auf allen Lebensgebieten (Bezugspreis 4 M. im Vierteljahr) in folgender anerkennenden und empfehlenden Worten: Nicht oft ist es Zeitschriften beschieden, auf einem so erfolgreichen Weg zurückzuführen zu können, als dem nun fast ein Vierteljahrhundert bestehenden Kunstwart. Die bescheidenen Anfänge der Zeitschrift vermochten nur wenige zu überzeugen, daß der Kunstwart eine Notwendigkeit sei; aber bald schloß sich der Blick der Beteiligten für die Anforderungen einer verbundenen Zeit — und so wurde der Kunstwart das künstlerische Gewissen unserer heutigen Ausdruckskultur und ein positiv schaffender im besten Sinne. Dabei kam ihm zu Hilfe, daß die Kunstwart-Unternehmungen mit reichen Mitteln ausgestattet und keine Geschäftsunternehmungen zum Zwecke des Profites sind. Das ist ein Segen, der uns für die Zukunft, in der wir die gesamte Kultur vom Privatprofit loslösen wollen, einen hoffnungsvollen Ausblick gewährt.

Der Kunstwart hat heute unsere gesamte öffentliche Kultur in sein Arbeitsprogramm aufgenommen. Während die Sozialdemokratie die wirtschaftlichen und sozialen Triebkräfte der Kultur verändert, umwälzen will, beschäftigt sich der Kunstwart mit dem Ausdruck der Erscheinungen unserer kulturellen Lebens und sucht sie im ästhetischen Sinne zu beeinflussen, zu verändern. Dabei treibt er keine graue Theorie, sondern lebendige Praxis, erschöpft sich nicht in hoffnungsloser Abstraktion am bestehenden Schichten, zeigt umgekehrt freudig die Anfänge des Guten und ist auf hundert Gebieten selber der Anregende und Fördernde.

So konsequent er sein grundsätzliches Programm festhält (das brachte ihm seine Erfolge), so bewußt ist er in der Praxis — ein Werkender für Werden! Ohne ihm in allen Einzelheiten zu folgen, muß man die Kunstwartbestrebungen im Interesse der Kultur nachdrücklich fördern. Deshalb mögen die Arbeiterbildungsstellen auf den Kunstwart hingewiesen werden, vor allem auch den Bemühten Kunstwartabonnements als weitausreichendste Empfehlung sein. Man blättere einmal die fünf nächsten Hefte des letzten Vierteljahres durch und frage ob der Fülle der Artikel über alle Gebiete, von der Bühnen- und Musik angefangen bis zur Reform der Viehmarken und Kleider, der Unterhosen und der „Hausarbeit“, der Sprache und der Musik. Daneben die wertvollsten Reproduktionen von Gemälden alter und moderner Meister, die Anselmus mit knappen, aber treffenden Einführungen begleitet. Alles in allem — der Kunstwart ist eine unerschöpfliche Quelle der Anregung und des Genusses. (Man lasse sich ein Probeheft kommen. Adresse: Georg D. W. Callwey, Kunstwartverlag, München.)

Parteiengenossen und Genossinnen!

Wartet unausgesetzt für die Parteiorganisation, den sozialdemokratischen Verein. In Breslau gehören 22.000 Arbeiter und Arbeiterinnen dem Gewerkschaften an, aber nur 7000 dem sozialdemokratischen Verein. Gewerkschaften und Partei sollen eins sein. Noch sind wir weit davon entfernt. Sorgen wir dafür, daß die Überzeugung von der unbedingten Notwendigkeit der politischen Organisation immer mehr zu sich greift.

Sinein in die Parteiorganisation!

Verantwortlicher Redaktor: Heinrich Hoffmann. — Redakteur und Verleger: Heinrich Hoffmann. — Druck: Georg D. W. Callwey. — Jahrgang in Breslau.

1. Beilage zu Nr. 169 der „Volkswacht“.

Freitag, den 22. Juli 1910.

Zur Pfeil-Affäre.

Berlin, 18. Juli.

Der militärische Beleidigungsprozess gegen die Gräfin Pfeil wie ihr Rechtsbeistand, den Notar Dr. Sprenger in Bremen, ist nicht der einzige, der gegen die noch immer um den Besitz ihrer Kinder kämpfende Frau schwebt. Auch der Kommandeur des Regiments, in dem ihr früherer Gatte, der Hauptmann Graf Hans von Pfeil steht, der Oberst Lebach vom 129. Infanterie-Regiment in Graudenz, hat gegen die Gräfin Strafantrag gestellt, weil sie ihn in einem Briefe vom Jahre 1906 einen „keinen Herr“ genannt haben soll. Andererseits ist jetzt, wie die „Deutsche Journalpost“ erfährt, das letztere gegen den Grafen Hans von Pfeil vom Gerichtsherrn Dr. 37. Division, Erzengel v. Madensin-Danzig eingeleitete neue Ermittlungsverfahren zum Abschluss gelangt, sodass in nächster Zeit

ein neuer Pfeil-Prozess

zu erwarten ist. Am 21. d. Mis. beginnen vor dem Berliner Gouvernementsgericht die Zeugenvernehmungen in einer Strafsache gegen den Grafen Hans von Pfeil wegen Mißbrauch des Dienstgebots nach dem V. G. D. Das Verfahren gründet sich auf zwei Vorwürfe in der zweiten Ehe des Grafen von Pfeil, mit der Baroness v. Wehr aus Mailand in Russland, die der Graf nach seiner Scheidung von der Gräfin Stefanie v. Pfeil, geb. Helm, geheiratet hat, die ihn jedoch nach Ablauf von sechs Wochen wieder schiedlich verließ, weil sie angeblich, ebenso wie die Gräfin Stefanie v. Pfeil, von seinen eigenen Mänteln verlorene Schmuckgegenstände erhalten hätte.

Die Gräfin ist inzwischen Mutter eines Kindes geworden und lebt in einem Berliner Villenviertel, wo sie den Ausgang ihres Scheidungsprozesses gegen den Grafen von Pfeil abwartet. Die Anklage des Mißbrauchs des Dienstgebots gründet sich auf Ergebnisse eines früheren Verfahrens des Grafen, des Ministerialrats Schröder, den der Graf gezwungen haben soll, falsche eldesstaatliche Angaben über seine Verhältnisse in der amtlichen Statistik zu machen. Der Fall der Entwendung betrifft die viel besprochene Zeitungssache des Grafen Pfeil in Graudenz. Graf Pfeil soll dort nach den Feststellungen des Reichs Anwalt Grafen aus Wilhelmsdorf in Graudenz, des Reichs Anwalt Grafen und verschiedener Berliner Mütter, in denen Rollen über das gegen ihn schwebende kriegsgerichtliche Verfahren aufgefunden waren, herangezogen und entwendet, sie auch auf Aufforderung der ihn beobachtenden Personen nicht zurückzugeben haben. Nach dem die Art und Weise, wie das Danziger Kriegsgericht bzw. die nach Thorn delaterte Kommission der 17. Division den Prozess den Grafen Pfeil geführt hatte, Gegenstand von heftigen Angriffen der Gräfin Pfeil und ihres Rechtsbeistandes Dr. Sprenger, sowie auch in der Presse geworden war, wurde, um jeden Verdacht der Parteilichkeit von vornherein auszuschließen, die zweite Instanz gegen den Grafen Pfeil dem Gouvernementsgericht in Berlin zur weiteren Verfolgung übergeben. Zu dem am 21. d. Mis. beginnenden Vernehmungen sind u. a. die Gräfin Pfeil, geborene Baroness v. Wehr, Ministerialrat Schröder, Reichs Anwalt Grafen, ein Hotelier und ein Cafébesitzer aus Graudenz sowie das frühere Hauspersonal des Grafen Pfeil als Zeugen geladen.

Eine dritte, die Pfeil-Affäre betreffende Angelegenheit, die ungleich einen politischen Hintergrund hat, beschäftigt zurzeit die Staatsanwaltschaft Magdeburg, bei der ein Strafverfahren wegen angeblicher

großer Steuerhinterziehungen gegen den konservativen Landtagsabgeordneten Freiherrn v. Nischhofen-Mertzdorf

beantragt worden ist. Freiherr v. Nischhofen ist beamtlich vom Vormundschaftsgericht Graudenz zum Pfleger der beiden Kinder aus der ersten Ehe des Grafen Pfeil, Stanislaus und Sella, bestellt worden. Er hat die Kinder bei seinen Schwestern, den Archimandriten von Nischhofen und Mertzdorf, untergebracht, und war schon einmal vom Vormundschaftsgericht Graudenz zur Herausgabe der Kinder aufgefordert worden, weil er angeblich seine Pflichten als Pfleger verletzt hätte.

Dem Reichs Anwalt Grafen, der damals als Vertreter der Gräfin Pfeil auftritt, erschien, wurde jedoch die Herausgabe der Kinder verweigert und als der Amtsvorsteher angerechnet und dessen polizeiliches Einschreiten verlangt wurde, machte dieser, vor ebenfalls ein Freiherr v. Nischhofen ist, durch vorübergehende Amtsniederlegung die Durchführung des Beschlusses des Graudenzener Vormundschaftsgerichts unmöglich. Auf eine von dem Abgeordneten Freiherrn v. Nischhofen an das Landgericht Graudenz

gesandte Beschwerde hob diese die Verfügung des Vormundschaftsgerichts kurzer Hand wieder auf, sodass insfolgedessen der Kinderstreit immer noch in der Schwebe ist.

Zurweil das beantragte Strafverfahren gegen den Freiherrn v. Nischhofen, das sich auf den Angaben eines langjährigen Wirtschaftsinvestors des Freiherrn aufbaut, und bei dem es sich um hinterzogene Steuerbeträge bis zu 200.000 Mark handelt, soll, auf die Pfeil-Affäre von Einfluß sein könnte, läßt sich zurzeit naturgemäß noch nicht voraussagen. Bemerkenswert ist, daß sowohl das preussische Justizministerium wie das preussische Finanzministerium um eine Beschleunigung dieser Sache angegangen worden sind.

Breslauer Nachrichten

Breslau, den 21. Juli.

Geschichtskalender.

22. Juli.

- 1784 Der Astronom Friedrich Wilhelm Bessel in Minden *.
- 1789 Minister Foulen (Freiherr von) gewählt.
- 1909 Detlev von Menden in Alt-Rahlstedt bei Hamburg †.

Eine schätzbare Demunziation der Breslauer Postunterbeamten

steht sich in ihrer letzten Nummer die, auch so freimütige „Schlesische Volkszeitung“, diese gute Freundin der Beamenschaft. Nach einem allgemeinen Satz über „Parteilichkeit in Berufsvereinen“ schreibt das „Vormontane Blatt“:

„Am Sonnabend las die Ortsgruppe Breslau des Verbandes deutscher Post- und Telegraphenunterbeamten behufs Wahl des Vorstandes. Zum Vorsitzenden der Ortsgruppe wurde Briefträger Stugler gewählt. Dieser Herr, er scheint sehr wert nach links zu neigen, machte sofort bei seiner Antrittsrede aus seinem Herzen keine Mördergrube und suchte der ganzen Versammlung, die zu einem erheblichen Teil, wenn nicht zum größten Teil, nicht auf seinem Standpunkt steht, seine Ansicht aufzuklären. Er glaubte die Zuhörer daran erinnern zu müssen, daß es nötig sei, auch bei den Wahlen auf dem Posten zu sein und sich besonders die Leute daraufhin anzusehen, wie sie bei der Reichsfinanzreform und der Besoldungsreform abstimmen haben. Es sei notwendig, daß sie gegen die rechtsstehenden Parteien Stellung nähmen, die nicht helfen zu haben seien, wenn sie etwas geben wollten. Besonders gestreicht ist es ja gerade nicht, was der Herr in dieser Beziehung sagte, und auch nicht neu, aber immerhin bezeichnend. Wird man sich im Verein das nun so ohne weiteres gefallen lassen? Und was sagt der Verband dazu, dem anerkanntermaßen eine überwältigende Mehrheit rechtsstehender Personen angehört, der aber noch nie eine dahingehende Parteipolitik im Verbandsrat getrieben oder hat auskommen lassen.“

Diese Unschuldskammer vom Zentrum! Wie sie die Standesinteressen ihren politischen Zwecken dienlich zu machen wissen, daran erinnert sie vielleicht folgendes Schreiben, das uns zur Verfügung gestellt wird

Gilt! Geheim!
Groß-Strehlitz, den 31. Mai 1910.

Sehr geehrter Herr!
Haben Sie die Freundlichkeit und verbreiten Sie nachstehendes Schreiben bei dortigen katholischen Beamten (Gerichtsschreibern, Eisenbahnbeamten, Kommunalbeamten, Kreisbeamten usw.), welche der Zentrumspartei angehören.

Im voraus besten Dank im Interesse der Sache und des Zentrums.

Etwasge Kosten bitte ich zu liquidieren
Dankachtungsvoll ergebenst
Wustmann,
Stadthauptkassen-Revisor.

Geheim!
Groß-Strehlitz, den 30. Mai 1910.

Sehr geehrter Herr!
Die mittleren, unmittelbaren und mittelbaren Staatsbeamten, also die Subaltern- und Unterbeamten der Justizverwaltung, der Eisenbahnverwaltung und sonstiger anderen staatlichen Verwaltungen, die Kommunalbeamten, also die Beamten der Staats- und Landgemeinden, die Beamten der Kreisverwaltungen usw. haben in Preußen keine parlamentarische Vertretung, das heißt sie haben im preussischen Parlament (im Abgeordnetenhaus) keinen Vertreter aus ihren Reihen.

Es ist nicht unmöglich, daß dieser Beamten, wie seiner Zeit den Lehrern mit Hilfe der Zentrumspartei ein Abgeordnetemandat in einem Wahlkreis Ober-Schlesien konzediert wird.

Ich habe mit der Zentrumspartei des Abgeordnetenhauses, mit der schlesischen Zentrumspartei und mit dem ober-schlesischen Zentrumskomitee in dieser Hinsicht verhandelt, und es ist nicht ausgeschlossen, daß wir in einem ober-schlesischen Zentrumswahlkreis einen Abgeordneten aus unseren Reihen durchbringen. Zu einer Beiprägung dieser Angelegenheit findet in Groß-Strehlitz Sonntag, den 5. Juni d. M. im Saale des Hotels „Teichsches Haus“, Mittag um 12 Uhr eine Versammlung katholischer Subaltern- und Unterbeamten der genannten Verwaltungen statt, zu welcher ich hiermit herzlich einlade.

Eine zahlreiche Veranstaltung ist im Interesse der Sache dringend geboten, damit die in der Petition an den betreffenden Wahlkreis bezw. in der Resolution mitgeteilten Forderungen, wieviel Beamte an der Versammlung teilgenommen haben, sich bitte also, dieses Schreiben unter den Vorigen katholischen Beamten möglichst verbreiten zu wollen.

Nach Groß-Strehlitz gibt es in Eupen, Neutun D. S. und im Jahre Sonntagsfahrplan. Mittagbrot ist für 1,25 Mark um 2 Uhr bestellt. Anmeldung vorher erwünscht.

Mit kollegialstem Gruß!
Wustmann,
Stadthauptkassen-Revisor.

Also Zentrumskulturn und Zentrumskaufleute zu verbreiten, Zentrumspolitik zu unterstützen, das ist den Beamten natürlich erlaubt, selbst wenn es „geheim“ gemacht wird, aber wenn so ein Briefträger sich herausnimmt, seinen Schmerzen über die hohen Steuern und die geringen Gehälter Luft zu machen, dann muß er demunziert werden.

Die Absicht, die das obere Zentrumskomitee verfaßt, liegt klar auf der Hand. Die paar selbständigen Weiser in der Postunterbeamtenschaft sollen von ihren Vorgesezten gebückt werden. Vielleicht gelingt die schätzbare Demunziation. Daß aber das Zentrum durch solche Demunziationspolitik die Unterbeamten auf seine Seite bringt, soll es sich nicht einbilden, selbst die katholischen Briefträger wenden sich mit Abscheu von diesem Verfahren ab. Und bei den nächsten geheimen Wahlen wird das Zentrum auch die Antwort bekommen für seine so „beamtenfreundliche“ Politik.

* Eine dankenswerte Einrichtung.

Die Buchhandlung Vorwärts, Berlin, hat bei der in ihrem Verlage erscheinenden Zeitschrift „In Freien Stunden“ eine dankenswerte Einrichtung getroffen, die von allen Arbeitern beachtet werden sollte. Mit dem Schluß des jetzt beginnenden neuen Schuljahres soll den Abonnenten als Gratisbeilage überreicht werden: ein gut ausgeführter Zweifarbendruck des klassischen Gemäldes „Luzifer und die Engel“ von J. Kneller.

„In Freien Stunden“ hat die Aufgabe, durch den Abdruck guter Romane die Schundliteratur zu bekämpfen. Wie sehr unsere Romanezeitschrift dieser hohen Aufgabe ge-

Kunst, Wissenschaft und Technik.

Druck aus Koksasche. Der Dampfessel-Überwacher sein des Bezirks Dortmund und der Verein für die herabzulassenden Interessen im Oberbergamtbezirk Dortmund stellen seit Ende 1908 umfangreiche Versuche zur Ausnutzung minderwertiger Abfallstoffe unter Dampfesseln und in Generatoren an. Koksgruß, Fein- und Staubkohle, Schlammkohle, Abgänge aus der Koksmaße, Wabberge und Klauberger, die man bisher zum Teil als Abfall auf Bergbahnen gestürzt oder zum Einbauen von Wegen, Plätzen usw. benutzt hat, sollen dabei noch eine Verwendung finden. Die auf jährlich 610.000 Tonnen berechneten Mengen von Koksgruß im Ruhrgebiet, die bei einem durchschnittlichen Heizwert von 7000 Wärmeinheiten für jedes Kilogramm auf einen Gesamtwärterwert von 40.000 Pferdekraftstunden geschätzt werden, müßte man bisher nur zur Hälfte ausnutzen. Da es sich mit den übrigen Abfallstoffen ähnlich verhält, kann man die Arbeitsmengen, die der Industrie des Bezirkes dadurch entzogen werden auf rund 50.000 Pferdekraftstunden jährlich veranschlagen.

Zu den Versuchen gehört auch die Herstellung von Drifels aus Koksasche auf den Felsen Concordia bei Oberhausen und Carl des Köhler Bergwerksvereins bei Altenessen. Zu den Drifeltieranlagen, die einen Raum von 50 Quadratmeter Grundfläche und 5 Meter Höhe einnehmen und nur mit einem einfachen Drifelsdach bedeckt sind, wird die Koksasche in einem Karren von 100 Kilogramm Inhalt angefahren, hier mit einem Teile Drifelpackungslänge auf 7 bis 8 Teile Koksasche mit einer Schaufel und dann in einem Schüttelwerk innig vermengt, darauf in einem Knetwerk behandelt, wo das Gemisch von einem Strahl überhitzten Dampfes gleichzeitig durchgewirrt und von einem Teil des Dampfes befeuchtet wird, und schließlich in einer Presse zu zylindrischen Ziegeln von 5 Zentimeter Durchmesser und 5 Zentimeter Höhe verarbeitet. Die Herstellungskosten einschließlich Verzinsung und Tilgung der Anlage sind zu 1,30 Mk. pro Tonne berechnet worden. Der Brennstoffpreis für eine Tonne ergab sich nach Einsetzen der Werte für die Koksasche und das Vieh zu 5 bis 5,50 Mk., der Heizwert betrug 5800 bis 6100 Wärmeinheiten pro Kilogramm. Die Drifels werden mit Vorteil unter dem Kessel verbrannt.

Aus aller Welt.

Die Ursache der Karbonium-Explosion. Ueber die Ursache der Explosion in der Karboniumfabrik bei Friedrichshafen fand eine amtliche Untersuchung statt, die in einem positiven Ergebnis noch nicht geführt hat. Es wurde nur festgestellt, daß ein Acetylen-

funktionieren eines Rückflapventils die Schuld an der Explosion trägt. Es bestehen Bedenken, ob sich überhaupt die Fabrikanlage gefahrlos wieder herstellen läßt. Vorläufig ist der ganze Betrieb amtlicherseits suspendiert worden. Die Zepplingerwerke erleiden durch die Explosion einen Verlust, da sie finanziell nicht beteiligt sind, sondern lediglich Abnehmer von Wasserstoffgas waren. Das Gas wird in Zukunft wie früher von auswärts bezogen werden. Die Explosion hat noch ein zweites Opfer geordert. Außer dem Arbeiter Hildebrandt ist auch der Arbeiter Knebel den Verletzungen, die er am Kopf und an den Händen erhalten hatte, erlegen. Die Zahl der Verwunden erhöht sich auf zwölf; drei davon sind sehr schwer verletzt.

Schwerer Automobilunfall. Der Fuhrwerksbesitzer Jensen aus Nandern in Jütland unternahm mit seiner Frau, einem Chauffeur und zwei bei ihm auf Ferienbesuch weilenden Kindern eine Probefahrt in einem von ihm gekauften Automobil. Bei einer scharfen Kurve verlor plötzlich die Bremse. Das Auto raste mit großer Geschwindigkeit die hohe steile Böschung des Weges hinab, überlieferte sich mehrere Male und blieb schließlich zertrümmert liegen, die fünf Insassen unter sich begrabend. Die Frau des Besitzers und ein Kind waren sofort tot; der Fuhrwerksbesitzer, der Chauffeur und das andere Kind haben so schwere Verletzungen davongetragen, daß an ihrem Aufkommen gezweifelt wird.

Einer, der es zu arg getrieben haben muß. Das Schiffsgericht zu Erluz hat einen Milchbauern, in dessen Milch zwischen 20 und 10 Prozent Wasserzug nachgewiesen werden konnte, zu acht Wochen Gefängnis verurteilt.

Unfall eines Lokführers. Auf dem Bahnhöfchen in der Nähe des Bahnhöfes W a h l e i m fuhr am Mittwoch, Morgen 7 Uhr 10 Minuten ein Güterzug einem Bize, der u. a. auch Soldaten vom Truppenübungsplatz Eilenborn heimführte, in die Planke. Der vordere Personenzug wurde stark beschädigt, der hintere Personenzug wurde gar nicht berührt. Der Lokführer Nr. 711 nach Aachen hatte sich eben in Bewegung gesetzt, als ihm eine Rangierabteilung in die Planke fuhr. Ein Wagen zweiter Klasse wurde zertrümmert und ein Wagen vierter Klasse umgekippt. Die Passagiere des letzteren, Männer und Frauen, die zum Teil nach Aachen zum Markt wollten, blieben mehr oder weniger unversehrt, dagegen war es mit ihren Waren arg bedient. Die Passagiere des letzteren, Männer und Frauen, die zum Teil nach Aachen zum Markt wollten, blieben mehr oder weniger unversehrt, dagegen war es mit ihren Waren arg bedient. Die Passagiere des letzteren, Männer und Frauen, die zum Teil nach Aachen zum Markt wollten, blieben mehr oder weniger unversehrt, dagegen war es mit ihren Waren arg bedient.

Von einer Kreuzotter gebissen. Einen traurigen Abschluß fand ein Schülerausflug, den die Angehörigen eines Charlottenburger Gymnasiums nach der Sächsisch-Böhmisches Schweiz unternahmen. In Jonsdoff bei Herrnschkechen wurde der dreizehnjährige Schüler Anton Pef von einer Kreuzotter gebissen. Er ist in Charlottenburg trotz ärztlicher Behandlung den Folgen des Bisses erlegen.

Im Schornstein festgeklemmt. Als ein 18jähriger Schornsteinkehrer in den Schornstein eines Hauses in der Reibstraße zu Berlin hinabstieg, um seinen Besen herauszuholen, wurde er an einer trichterförmig sich verengenden Stelle festgeklemmt. Die Feuerwehr befreite den bereits Bewußtlosen, indem sie in die Schornsteinwand ein Loch brach und brachte ihn nach einer Unfallaktion, vor wo die Ueberführung ins Krankenhaus Am Friedrichshain erfolgte.

Die Todesfahrt des Rentballons „Erdbeiß“. Der von der Rheinisch-Westfälischen Motorluftschiffahrt-Gesellschaft veröffentlichte ausführliche Bericht über die Katastrophe des Ballons „Erdbeiß“ kommt zu folgendem Ergebnis: Nach dem Beund und den Erwägungen unserer technischen Kommission, sowie anderer hingenogener Sachleute, ist anzunehmen, daß die Hülle durch innere Ueberdruck geplatzt ist. Es ist nicht ausgeschlossen, daß sich der Manometerstand verhalten und dadurch ein richtiges Anzeigen des Ueberdrucks am Manometer verhindert hat. Dieses allein konnte jedoch die Katastrophe nicht herbeiführen, sondern es muß eine Verletzung an anderer mechanischer Ursache vorliegen, die sich nicht feststellen lassen. Die Möglichkeit einer äußeren Verletzung des Ballons durch Blitz oder Explosion, Abfliegen eines Maschinenteils oder ähnlicher Ursachen kommen nicht in Betracht.

Ein Satzungsgewer. Die deutsche Sprache hat sich vom Amtstitel schon viel gefallen lassen müssen. Ein neues Akzent gegen sie hat nun der großherzogliche Bezirksdirektor in Aachen geltend gemacht, der am 1. April „an die an der Zentralschiffahrt-Beteiligte“ in Jena folgende Ladung ergaben ließ:

Nachdem auf Grund der Befichtigung vom 16. Februar 1910 diejenigen Verstellungen, deren alsbaldige Ausführung geboten erschien, durch meine inzwischen angefallene Entscheidung vom 3. März 1910 angeordnet worden sind, soll in Gemäßheit des § 15 des Gesetzes vom 16. Februar 1854 über den Schutz gegen fließende Gewässer und die Benutzung derselben über die in der gedachten Entscheidung noch nicht ziffermäßig festgestellten Anteile der Kosten, ferner die nicht als eilig zu betrachtenden — Zentralverhandlungen, einschließlich der bereits hergestellten Verhandlung mit den Beteiligten vor dem Untergerichte in dem Rathaus zu Jena am 7. April 1910, Vormittags 10 Uhr stattfinden.

Das Satzungsgewer besteht aus 96 Worten. Mehr kann man

recht wird, zeigte u. a. der Abdruck des Romans „Die Abendburg“, der in dem jetzt komplett vorliegenden ersten Bande dieses Jahrganges der Zeitschrift „In Freien Stunden“, Verlag der Buchhandlung Vorwärts, Berlin, abgedruckt ist. Bekanntlich wurde dieser Roman, dessen Verfasser der in Kreidenkreisen bekannte Dr. Bruno Wille ist, mit einem Preise von 30.000 Mk. gekrönt.

Mit der neuen Einrichtung hat dieses Programm eine wesentliche Erweiterung erfahren. Der Verlag will damit auch die schlechten Vorbilder aus den Arbeiterwohnungen drängen, wie sie noch so vielfach anzutreffen sind, und durch gute Vorbilder das künstlerische Verständnis in der Arbeiterfamilie beleben. Neben den Schandflecken sollen auch die schönen Vorbilder aus den Wohnungen der Arbeiter verschwinden.

Wir empfehlen unseren Lesern, auf „In Freien Stunden“ zu abonnieren. In jeder Woche erscheint ein illustriertes Heft mit reichhaltigem Inhalt für 10 Pfg., das durch die Buchhandlung des Volksblattes und durch jede Aussträgerin unserer Zeitung zu beziehen ist.

Vom ersten Arbeiter-Volkfest.

Während im „Leben Keller“ fleißig Zimmerer das Podium erbauen sowie die Stühle und Schaubuden herrichten, bemüht sich die Polizei in der bekannt lebendigen Weise, unter freundschaftlichen Mienen mit den fleißig unerschütterlichen Straßmandat, dem Obmann des Hauptauschusses das Leben schwer zu machen.

Kaum war die dritte Nummer der „Volkswacht“ mit den Anzeigen bezüglich des Aufmarsches und der Abordnung des Festzuges erschienen, da wurde schamlos Genosse Seeliger wieder einmal nach dem ihm jetzt schon vertrauten Namen des Polizei-Präsidenten angesprochen, um dort zu hören, daß die Festleitung wieder nicht Rede pariert hätte.

Der Polizeikommissar Ulrich, der wahrscheinlich jetzt in der polizeilichen Welt eine wenig Arbeit hat, (Wo! Red. d. V.) scheint die Verhandlungen für die Straßensicherung oder den Kommandeur der Schutzmannschaft zu führen und wenn es richtig ist, daß er nur des Weiteren, was ihm von höherer Stelle vorgeschrieben wird, so wäre es doch gut, wenn die Versammlungen, die hier anordnen und bestimmen, sich vielleicht aus ihrer militärischen Laufbahn fobiel Wissen ins Leben hinübergerichtet hätten, um sich klar zu sein, wieviel Raum zur Aufstellung eines Zuges von mehr als 2000 Personen, darunter vielleicht 500 Radfahrer, erforderlich ist.

Das die Unterbringung dieser Menge auf dem kleinen Platz eine nicht unmögliche, dürfte wohl klar sein und vielleicht gibt es auf der Unterstadt einige alte Plätze, die den in Frage kommenden Umständen vorzuziehen können, welche Marschplätze ein Regiment und um mindestens sozial handelt es sich, einnimmt.

Das was nicht, die Polizei geht nach dem Buchstaben und sie zu befehlen ist unerschütterlich. Das jetzt, da dem schon einmal Eingaben wegen des Festzuges gemacht wurden, nicht noch eine Kränze eingereicht wird, kann dem Hauptauschuss keine Verdenken.

Es wird deshalb seitens der Ordner und des technischen Ausschusses dafür gewirkt werden müssen, daß die Aufstellung der Züge nicht weiter als bis auf den Platz der Gruppe 3 bleibt wie gestern angeordnet. Doch werden die Turner und die anderen Körperpflege treibenden Vereinigungen nicht in der kleineren Volksgasse und diese hinterher antreten, sondern nach den Anordnungen über Turnplätze zu folgen, den Buchstaben der polizeilichen Genehmigung entsprechend, am Platzplatz Aufstellung nehmen und von dort aufmarschieren.

An alle Festteilnehmer wie Zuschauer, richten wir die dringende Bitte, den mit Umkleiden verbundenen Mitglieder der Ausschüsse und den Ordner unter allen Umständen Folge zu leisten und den Verkehr nicht zu behindern.

Wenn wir auch keine Wahlrechtsdemonstration veranstalten, eine einwandfreie Demonstration disziplinierter, überlegter und allen Anzählungen überlegener Mitglieder der der gesellschaftlichen Arbeitervereinigungen sei es werden und wird es werden — trotz alledem.

Ueber Blindenfürsorge

wird uns von einem blinden Parteigenossen geschrieben:

Das Bestreben, mit körperlichen Gebrechen oder geistigen Schwächen Behafteten, also im Wirtschaftsleben mehr oder weniger benachteiligten Gliedern der Gesellschaft ihre Existenz nach Möglichkeit zu erleichtern, mußte, nachdem durch die kapitalistische Produktionsweise das Solidaritätsgefühl innerhalb eines Gemeinwesenandes oder einer Berufsstufe derselben fast völlig vernichtet worden war, jene humanistische Bewegung hervorrufen, die uns Ende des 18. Jahrhunderts allenthalben einlebte. Deren Zweck war es, mit Hilfe eines Bruchstücks des nun erzeuften Reichtums überall da einzugreifen, wo es der Staat unterließ, seine von der Natur benachteiligten Angehörigen durch eine entsprechende Erziehung und Ausbildung zum Verbleiben ihres Unterhalts heranzuziehen, um möglichst alle zu wirtschaftlich tätigen Gliedern der Gesellschaft heranzubilden und damit der Allgemeinheit die Sorge für den Unterhalt des Einzelnen soweit als erreichbar abzunehmen. Von Frankreich und England aus verbreitete sie sich rasch über die ganze Kulturwelt und zog auch bald die Blindenfürsorge in den Kreis ihrer Wirksamkeit. In kurzen Zeiträumen entstanden in fast allen Kulturstaaten Blinden-Anstalten, in denen den Blinden außer einer Schulbildung eine Ausbildung zuteil wurde, die sie befähigte, nach ihrer Entlassung aus der Anstalt als selbständige Handwerker, oder, wenn sie Talent dazu hatten, als Musiker ihren Unterhalt zu verdienen.

Ende der siebziger Jahre des vorigen Jahrhunderts aber bemächtigte sich die Großindustrie auch der Handwerker — Seilzieher, Bürstenmacher und Korbflechter —, die von Blinden her mit Erfolg betrieben wurden und macht es diesen gleich ihren lebenden Berufsgeoffenen unmöglich, ihre wirtschaftliche Position in gleicher Weise zu behaupten. Die lebenden Handwerksmeister der in Rede stehenden Berufe kamen meist unter die Notwendigkeit der Großkapitalisten und wurden Proletarier. Andere, die über Ersparrnisse verfügten, hörten auf, weiter zu produzieren, sie wurden Händler und bezogen die früher selbst gefertigten Waren von der Großindustrie. Nur wenigen gelang es, sich als kleine Handwerksmeister über Wasser zu halten. Die Blinden aber waren am schlechtesten daran, sie konnten ihre Selbstständigkeit nicht aufgeben, ohne fast jeder Existenzmöglichkeit zu berauben, da sie meist zu unbemittelt sind, um Handel treiben zu können, als Proletarier ihrer geringen Verdienstmöglichkeit wegen aber mit lebenden Berufsgeoffenen zu konkurrieren nicht können.

Insunde sind und daher von Unternehmern stets zurückgewiesen werden würden; denn diese traktet der aufs schärfste gefeierte Konkurrenzkampf der Handwerker untereinander und ihre Profiteure dazu, jeden Platz und jede Arbeitskraft innerhalb ihres Reiches so weit als nur tragend anzunehmen. In welchem Bestreben sie noch dadurch unterstützt werden, daß eine unerschöpfliche Arbeiterarmee ständiger jederzeitiger Proletarier bereit ist, ihre Kräfte in den Dienst des Kapitals zu stellen.

Die zurunde gehenden Erfindungen blinder Handwerker mehrten sich nun von Jahr zu Jahr in erschreckender Weise und die in der Blindenfürsorge tätigen Institutionen, Blindenanstalten und Wohlthätigkeitsvereine mußten daher auf Mittel und Wege sinieren, um den einsetzenden wirtschaftlichen Verhältnissen Rechnung zu tragen. Fürst War konnten erheben werden, von denen jedem man sich die Aussicht auf Befreiung des Landes der blinden Handwerker versprechen durfte und sie wurden auch tatsächlich alle beschickt.

1. Es konnten den Blinden neue Verufe erschlossen und über vergrößerte Verufe mehr in den Vordergrund der Ausbildung gerückt werden, was auch erstenswertweise hier und da geschah ist. Musik und Musikinstrumente sind wichtige Erwerbsquellen für Blinde geworden. In Sachsen z. B. gibt es Pianofortfabriken, die fast ausschließlich blinde Arbeiter beschäftigen. Auch die Blinde sind in der Musikindustrie tätig. In England und auch in Belgien schreiben sie für blinde Maschinenfabriker. Blinde Sprach- und Musiklehrer sind keine Seltenheit mehr.

2. Es können Fonds gebildet werden, aus denen Blinde Landarbeiter durch laufende Renten in ihrem Fortkommen zu unterstützen sind. Dieses System ist in seiner vollkommensten Art in Sachsen zu finden, wo zu diesem Zweck ein Fonds von mehreren Millionen zur Verfügung steht.

3. Durch Einrichtung von offenen Werkstätten in größeren Städten kann eine Anzahl blinder Handwerker in einer Art von Großbetrieb vereint werden, was heilsamerweise in Berlin, Leipzig und Hamburg zur Anwendung gebracht ist. Auch Berlin hat alle Blindenvereine Arbeitsvermittlungsbüros, in Wien schlossen sich 1907 die blinder Arbeitervereine und Verbände sogar zu einer Produktivgenossenschaft zusammen.

4. Es gibt in Großbetrieben viele Tätigkeiten, die sehr wohl von Blinden ausgeführt werden können, wenn man diese Hand in Hand mit Sehenden arbeiten läßt. Diese Vorschläge sind in Amerika gemacht, hat in jüngster Zeit in Amerika eine Wohlfahrtsvereinsvereine in mehreren Betrieben Versuche dieser Art angestellt, die durchaus befriedigende Resultate erbrachten.

5. In den achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts versuchten einige Leiter von Blindenanstalten auf die Idee, die in ihren Anstalten ausgebildeten Blinden in kleinen unternehmen zu bringen, um sie vor materiellen Sorgen zu schützen. Diese Methode, die Blindenfürsorge zu lösen, fand sehr allseitige Nachahmung und es gibt jetzt fast keine Blindenanstalt mehr, in deren Wirkungsbereich sich nicht ein Kleinbetrieb befindet, und man schickt nicht zu hoch, wenn man die Zahl der Blinden die gegenwärtig in Deutschland in solchen Betrieben untergebracht sind, auf 1200 angibt.

Das Blindenheim ist ein Internat, es bezieht in sich Beschäftigungsstätten und Wohnräume für seine Anstalten. Diese haben von den für ihre Arbeit erhaltenen Lohn, der, wenn es bemerkt, meist äußerst niedrig bemessen ist, an die Heimverwaltung eine bestimmte Summe für Wohnraum und Verpflegung abzuführen, bleibt dann noch ein Rest. So wird ihnen derselbe für gewöhnlich einbehalten und davon nur etwas ausbezahlt, wenn sie den Heimverwalter daran bitten und von der Heimverwaltung der beschäftigten Ausgabe überzugen. Verdient ein Heimverwalter nicht die erforderliche Summe, die an die Heimverwaltung für Verpflegung und Wohnung gezahlt werden muß, so haben entweder seine Angehörigen oder seine Gemeinde für den Rest aufzukommen. Die Leistung der Heime ruht mit wenigen Ausnahmen in den Händen älterer Arbeiterkolonnen. Die, in denen durch Seminarbildung und Anwesenheit jeder Heime eine freie Persönlichkeit im Heime erfüllt, wohl aber dafür der Unterhaltskosten systematisch gemindert wurde, können natürlich auch innerhalb ihres Wirkungsbereiches im Blindenheim nicht aufgenommen ohne dem Autoritätsprinzip die erhebende Geltung verleiht zu haben. Durch eine bürokratische Verwaltung, sei deren Tätigkeit befristetweise die Heimverwaltung sein Wort mitzureden haben, obgleich sie durchweg erwachsenen Personen sind, durch eine bis aus Kleinliche grenzenlose Verantwortungslosigkeit ihres Amtes, so man kann sagen, ihres Denkens, hat doch der Direktor der Blindenanstalt zu Neustadt in Mecklenburg, Herr Lemke, im „Blindenfreund“, dem Organ der Blindenlehrer, offen ausgeprochen, daß die Leitung der Heime in jedem Übermaß werden müsse, ferner dadurch, daß man den Heimverwaltern bei der geringsten Uebertretung der Hausordnung immer aus Neue entgegenhält, daß sie ihren Aufenthalt im Heim nur dem Wohlwollen ihrer Vorgesetzten verdankten (also nur des Wohlwollens des Gönners bedürftig sind), auch dann noch, wenn sie selbst imstande sind, durch ihrer blinden Arbeit ihren Unterhalt zu verdienen, daß sie doch jederzeit das Haus verlassen oder entlassen werden könnten, und daß sie doch allezeit dankbar zu sein hätten für die Wohlthaten, die man ihnen in diesem Hause in so reichen Maße erweise, wird in den Heimverwaltern jeder Form von Unzufriedenheit brutal erwidert und sie sinken zu flehen Arbeitssklaven herab, sie fühlen sich trotzdem arbeiten, als Bettler. (Schluß folgt.)

* Das oft erwähnte Tumultgesetz, das noch

aus dem Jahre 1850 stammt und schon längst verfallener bedürftig ist, soll eine Abänderung erfahren. Bekanntlich hatte der Breslauer Magistrat, veranlaßt durch den Fall Wienath, den Antrag gestellt, das Tumultgesetz dahin abzuändern, daß die Kommunen die Verpflichtung zum Ersatz der bei öffentlichen Aufmärschen durch Polizeibeamte verursachten Schäden nur dann hätten, wenn es sich um städtische Polizeibeamte handle, bei staatlischen Polizeiverwaltungen solle der Staat die Haftung übernehmen. Die Korrespondenz „Woth“ will jetzt erfahren haben, daß eine Aenderung des Gesetzes nicht beabsichtigt ist, da die maßgebenden Stellen der Meinung sind, das Gesetz habe sich durchaus bewährt. Die Städte mit königlicher Polizei hätten von dieser Einrichtung viele Vorteile, auch seien sie so gestellt, daß ihnen die Hauptlast nicht größere Lasten auferlegen wird. Die Gemeinde habe die Verpflichtung, ihre Bürger zu schützen und es gehe nicht an, einen Bürger betreffs seiner Erbschaftsprüfung nach doppeltem Maße zu messen, nämlich ob sein Gegner ein städtischer oder staatlischer Beamter ist.

„In allen Fällen hat die Gemeinde, ein leistungsfähiger Körper, auch der Wunsch, den Beamten alle ein halbes Jahr zu machen, nicht anständig. Dendelt es sich um einen staatlischen Polizeibeamten, dessen Name ermittelt ist, so kann die Gemeinde später ihrerseits auf Grund des Gesetzes betreffend die Haftung des Staates für Amtspflichtverletzungen seiner Beamten an den Staat Regressansprüche stellen. Der einzelne Bürger aber kann nur seine Ansprüche bei den Kommunen geltend machen im Interesse einer einheitlichen Rechtsprechung.“

Die Stadt wird also in jedem Falle an den Staat Regressansprüche erheben und damit abgewiesen werden. Denn das bisherige Gesetz hat sich „gut bewährt.“ Der königliche Polizeistütz schlägt die Hand ab und die Stadt bezahlt den Schaden. Natürlich hat sich das „bewährt.“ Für den Staat wenigstens, wenn auch nicht für die Städte.

* **Vorkarten als Briefe.** In letzter Zeit sind Vorkarten die auf der rechten Hälfte der Vorderseite die Adresse des Absenders tragen, von den Postämtern meistens als Briefe behandelt und mit Porto belegt oder als unrichtig von der Postbehörde zurückgeschickt worden. Das wird nach einer im Umkreis des Reichspostamts veröffentlichten Verfügung nicht gebilligt. Wenn früher in Einzelfällen darauf hingewiesen worden ist, daß bei Postkarten die rechte Hälfte der Vorderseite für die Adresse des Empfängers, die Rückseite und Vermerk wie „Einschreiben“, „Nachrichten“ und dergleichen bestimmt sei, so sollte damit nur bewacht werden, die Dienstliche und Nebenbestimmungen der Postkarte nicht durch unzulässige Vermerke über dem eigentlichen Briefe zu lassen. Keinesfalls darf der Umstand, daß die Adresse des Absenders auf der rechten Hälfte der Vorderseite einer Postkarte angegeben ist oder auf diesen Teil übergeht, dazu führen, denartige Karten als Briefe zu behandeln und auszulagern oder von der Postbehörde zurückgeschickt zu werden.

* **Allgemeine Wohnungszählung.** Das Reichsamt des Innern hat dem Reichsverbande der städtischen Haus- und Grundbesitzervereine Deutschlands auf eine Eingabe um Vornahme einer allgemeinen Wohnungszählung, folgendes Reichsamt angeben lassen:

Nach dem vom Bundesrat erlassenen Bestimmungen für die einzelnen Bundesstaaten über die Vornahme einer Volkszählung am 1. Dezember 1910, haben die einzelnen Bundesstaaten am 1. November 1911 dem Kaiserlichen Statistischen Amt eine nach größeren Verwaltungsbereichen aufgestellte Tabelle einzureichen, die neben sonstigen Angaben die Zahl der bewohnten Wohnhäuser, der anderen bewohnten Baulichkeiten und der zur Zeit der Zählung unbewohnten Wohnhäuser enthalten soll. Nebenbei sind beizufügen mehrere Wohnungszählungen, sowie eine Anzahl größerer Städte besondere Aufstellungen, die über den Namen der Bundesstaaten vorzulegen noch hinausgehen, mit der bevorstehenden Wohnungszählung zu verbinden. Da die Aufstellungen über die Wohnungszählung bei den einzelnen Stellen bisher sehr auseinander gingen, so waren auch die Ergebnisse der Erhebungen zum Teil recht verschieden und wenig vergleichbar.

Das Kaiserliche Statistische Amt hat deshalb an die städtischen Landeszentralstellen die Anregung ergehen lassen, darauf Verzicht zu nehmen, daß die diesmal mit der Volkszählung etwa zu verbindenden Wohnungszählungen möglichst einheitlich erfolgen.

* **Darf bei der Arbeit gesprochen werden?** Der Reichsamt hat bei einer Mitteilung der Reichsamt „Soziale Praxis und Archiv für Volkswirtschaft“ das Gewerbegericht in Chemnitz einem Arbeiter gegenüber der einer Arbeiterin das Sprechen mit ihrem Kollegen bei der Arbeit verboten und sie wegen Uebertretung dieses Verbots ohne Kündigung entlassen hatte. Die Arbeiterin, die auf Kündigung des Lohns ihr die Kündigungskarte fragte, erhielt dies angezweifelt und zwar mit der Begründung, daß gelegentliches Sprechen während der Arbeit, noch eines allgemeinen Unterhaltungscharakters in der Arbeitsordnung, kein Grund zu sofortiger Entlassung sei.

Die Notwendigkeit dieses Urteils durch ein Gewerbegericht ist so recht bezeichnend für die „moderne Betriebsweise“ und aber auch gleichzeitig eine moralische Ohrfeige für alle jene Herren, die im Arbeiter keinen Menschen erblicken, sondern nur eine Maschine, die nur zu arbeiten hat und sonst nichts.

* **Strafleistung bei Eisenbahnunfällen.** Die deutschen Eisenbahnen haben, wie statistisch nachgewiesen ist, den geringsten Prozentsatz an Unfällen von allen Eisenbahnen aufzuweisen. Da aber trotz größter Aufmerksamkeit und Vorkehrung im Betriebe, die jetzt im Sommer bei dem starken Personenverkehr ganz besonders erforderlich ist, mit der Möglichkeit von Eisenbahnunfällen gerechnet werden muß, hat die russische Eisenbahnverwaltung Vorkasse getroffen, daß bei vorzunehmenden Unfällen schnelle Hilfe zur Stelle ist, an diesem Zweck sind auf einer großen Anzahl von Stationen Hilfszüge und Hilfsperakten an stationiert, die bei Unfällen telegraphisch herbeigerufen werden.

Im Eisenbahndirektionsbezirk Breslau stehen Hilfszüge in Breslau Hauptbahnhof, Glatz, Grotz und Kienitz. Sie bestehen aus einem Privatwagen, der die örtlichen Hilfslieferungen für die Bewandlung erforderlichen Gegenstände, und einem Geräterwagen, der die für die Aufbaumarbeiten notwendigen Geräter, Werkzeuge enthält. Außer den Hilfszügen und ferner in einer größeren Anzahl von Stationen Geräterwagen aufgestellt. Erregnet sich ein größerer Eisenbahnunfall, bei dem Personen verletzt werden, so hat die Lokomotive zunächst liegende Station sofort den nächsten Hilfszug anzuordern, und wenn benachbarte Station vorhanden ist, daß ein näher nationaler Hilfsgeräterwagen schneller zur Stelle sein kann, auch diesen zu verlangen; der Geräterwagen wird dann mit dem auf der Station vorhandenen Geräterwagen ausgerüstet. Bei größeren Unfällen kann auch die Herbeiführung eines zweiten Hilfszuges oder Hilfsgeräterwagens sich als notwendig erweisen. Die Anforderung eines solchen erfolgt dann, wenn ein an der Unfallstelle anwesender höherer Beamter seine Notwendigkeit festgestellt hat. Weiter mußte nach der Anforderung des Hilfszuges noch eine gewisse Zeit auf die Bereitstellung des Zuges, die Ausrüstung des Personalis und des Arztes gerechnet werden, die aber bei Tage 30 Minuten, bei Nacht 45 Minuten nicht überschreiten dürfte. Auf Anordnung des Eisenbahnmeisters ist eine Aenderung der Unfallmeldevorschrift erfolgt, die besagt, die Hilfeleistung bei Unfällen noch mehr zu beschleunigen. Die meldepflichtige Station hat danach jetzt sofort nach dem Unfall nicht allein den ersten Hilfszug anzuordern, sondern zugleich auch die Station, an der der zweite Hilfszug steht, von dem Unfall zu benachrichtigen. Die benachrichtigte Station hat darauf den Hilfszug bereitzustellen und, wenn er angefordert wird, sofort abzugeben, andernfalls ihn solange bereit zu halten, bis sie die Nachricht erhält, daß die Aenderung nicht erforderlich ist.

* **Die Breslauer Flugwoche,** die am Sonnabend ihren Anfang nehmen sollte, ist verlegt worden, sie wird erst im August nach Beendigung der Berliner Flugwoche stattfinden. Ingenieur Winkler mit seinem selbstkonstruierten kombinierten Ein- und Zweidecker eigenen Systems, die in dem in Breslau mit seinem Eindecker eigenen Systems und selbständiger Konstruktion, sowie Robert Dypelt mit seinem Eindecker eigener Konstruktion und System und mit beiden reich werden vor heute, Donnerstags Nachmittag, als Probeflüge unternommen. Für die nächste Zeit ist ein kleines Flugprogramm geplant. Während der Woche bleibt der Flugplatz Hühnermühlweg gesperrt, doch ist die Zuschauertribüne zugänglich. An der großen, Ende August stattfindenden Flugwoche werden bekannte auswärtige Piloten teilnehmen. Es steht zu hoffen, daß auch der erfolgreiche oberösterreichische Flieger Wenzler an dem Meeting teilnehmen wird. Die Warfenthaler, welche den Flieger Schwärzler begleiten dürfte, wird dann bereits abgehoben sein.

* **Der Unfall in den Schiffschiffen Mühlenwerken.** Der E. F. Simon sendet uns folgende Berichtigung: In der Nr. 157 Ihres Blattes erschien unter anderem der Unfallfall in der Schottwitzer Mühle und im zweiten Absatz heißt es:

Zu bemerken ist hierzu, daß die Betriebsleitung wußte, daß das Teil schlecht war.

Sie wollten hiermit der Betriebsleitung einen Vorwurf machen. Ich erlaube Ihnen hiermit, daß ich die allgemeine technische Leitung der Mühle habe und am Freitag, den 15. Juli er. bei einer Revision den Teil defekt entdeckte und auch sofort in Gegenwart von mehreren Zeugen den gefährlichen Zustand der Benutzung verboten, was auch der verantwortliche Maschinenführer mit anhörte, also davon Kenntnis hatte. Außerdem durfte Rosenblatt den verschlossenen Fahrstuhl nicht eigenmächtig öffnen, denn dazu sind nur die beiden Führer berechtigt.

Was den Fall Luzius betrifft, so ist derselbe ebenfalls durch seine eigene Schuld verunglückt, da derselbe gepflüster Fahrer ist und überdies noch eigenmächtig handelte, indem er die Fahrgeschwindigkeit vom Stuhl entfernte.

* **Ein Raubtierkampf im Zoologischen Garten.** Das aufregende Schauspiel eines Raubtierkampfes bot sich im Zoologischen Garten am Mittwoch Nachmittag in einem der Außengänge des Raubtierhauses. Darüber wird folgendes berichtet: Der Wäpfer ließ im Raubtierhaus in einen Käfig die Tigerin hinein, hatte aber vergessene, daraus vorerst die dort untergebrachte Leopardin nach dem nächsten Käfig zu schaffen. Die Tigerin erliefte beim Eintritt sofort die Leopardin auf dem Baume und sprang auf sie zu, im Genick packend und sie herumziehend. Es entspann sich nun ein

...zwischen den beiden Tieren, dem aber Wüter und Futter mit Eisenklängen bald ein Ende machen. Die schwächere ...

Ueber ihren Meinfall bei der letzten Ausschreibung
Die Ausschreibung der ...

...hat sich am ...

...die ...

Der Streik der Mohrweber In den nächsten Tagen werden ...

Wreslauer Schandwielhaus „Am Fuchsenfels“ geht ...

Am Montag, den 25. und Mittwoch, den 27. Juli, stellt ...

Der Herren-Schuhmacher Ein Schuhmachergeselle, der in einer ...

Die Gewerkegerichtsbeisitzer halten morgen Freitag ...

Arbeiter Eine Gemeindevertretung findet Freitag, den ...

Wird die neue Brauwassersteuer konsummindernd?
Darüber hat dem „Reichs-Arbeitsblatt“ (herausgegeben vom Kaiserlichen ...)

Auf abschüssiger Bahn Vor der Breslauer Kreisstrafkammer ...

Schlagt nicht sogleich mit der Peitsche! Wie oft sieht man, daß, wenn ein Wagen davonfahren soll, der Fahrer ohne jeden ...

Sommertheater (Lieblichs Etablissement.) Heute Donnerstag, 21. Juli, gelangt die dreitägige ...

Sonnabend, den 23. Juli, geht die dreitägige „Man soll keine Briefe schreiben“ ...

Die organisierten Gärtner veranstalten am morgigen Sonnabend im Saale des ...

Die Ueber-Bahn auf den Reichsäckern hinter dem Hauptbahnhof ...

Ein Raubmord in Marschwitz Es ist bisher gelungen, zu ermitteln, daß der ermordete ...

Ein Mordmord in Marschwitz Es ist bisher gelungen, zu ermitteln, daß der ermordete ...

Ein Mordmord in Marschwitz Es ist bisher gelungen, zu ermitteln, daß der ermordete ...

Ein Mordmord in Marschwitz Es ist bisher gelungen, zu ermitteln, daß der ermordete ...

Ein Mordmord in Marschwitz Es ist bisher gelungen, zu ermitteln, daß der ermordete ...

Ein Mordmord in Marschwitz Es ist bisher gelungen, zu ermitteln, daß der ermordete ...

Ein Mordmord in Marschwitz Es ist bisher gelungen, zu ermitteln, daß der ermordete ...

Ein Mordmord in Marschwitz Es ist bisher gelungen, zu ermitteln, daß der ermordete ...

Ein Mordmord in Marschwitz Es ist bisher gelungen, zu ermitteln, daß der ermordete ...

Ein Mordmord in Marschwitz Es ist bisher gelungen, zu ermitteln, daß der ermordete ...

Ein Mordmord in Marschwitz Es ist bisher gelungen, zu ermitteln, daß der ermordete ...

Ein Mordmord in Marschwitz Es ist bisher gelungen, zu ermitteln, daß der ermordete ...

Ein Mordmord in Marschwitz Es ist bisher gelungen, zu ermitteln, daß der ermordete ...

Ein Mordmord in Marschwitz Es ist bisher gelungen, zu ermitteln, daß der ermordete ...

Ein Mordmord in Marschwitz Es ist bisher gelungen, zu ermitteln, daß der ermordete ...

Ein Mordmord in Marschwitz Es ist bisher gelungen, zu ermitteln, daß der ermordete ...

Ein Mordmord in Marschwitz Es ist bisher gelungen, zu ermitteln, daß der ermordete ...

Stiefberg, 18. Juli. Die ...

Neueste Nachrichten.

Ein sozialdemokratischer Gemeinderat.
Berlin, 21. Juli. Die Morgenblätter melden aus ...

Waldheim in Hessen ist nach Ausweis der geographischen ...

Bundestag deutscher Gastwirte.
Stuttgart, 20. Juli. Der Präsident des Bundestages, Herr ...

Eisenbahnerstreik.
London, 21. Juli. (S. T. B.) Der Streik der Bahnbeamten ...

Erfolgreicher Aviatiker.
Brüssel, 21. Juli. Die heutigen Blätter berichten durchaus ...

Die konfiszierte Papstkarte.
Teplitz, 21. Juli. Eine in Nordböhmen massenhaft verbreitete ...

Aus Persien.
Teheran, 21. Juli. Die Geistlichen haben beschlossen, an keinen ...

Verhaftung von Erpressern.
Joppat, 21. Juli. Die Polizei in Joppat verhaftete 3 ...

Der türkische Geheimbund.
Konstantinopel, 21. Juli. Die hiesige Polizei berichtet, daß ...

Typhus in Ungarn.
Budapest, 21. Juli. Nach Angabe der Behörden sind bisher ...

Wasserlandsnachrichten der Ober.

Wasser	Wasser	Wasser	Wasser	Wasser	Wasser	Wasser	Wasser	Wasser	Wasser		
21. 7. 12,601,928,21	13,503,535,484	11,906,255,361	+0,662,223,08	20. 7. 13,532,539,770	13,903,903,320	12,852,901,753	1,050,601,567	11,814,942,120	12,423,482,074	1,608,540,954	+0,141,881,13

Briefkasten.

Sprechstunden der Redaktion Montags nur v. 12-1 Uhr Mittags.
Schriftliche Auskunft wird nur ausnahmsweise erteilt.
H. W. Hermannsdorf. 1. Preußen erhebt Erbschaftsteuer schon bei einem Nachlass von mehr als 150 Mk., das Reich bei mehr als 500 Mk. 2. Ja.
H. W. H. Wir sind nicht so vogelfrei, um Ihnen an der Hand Ihrer Angaben sagen zu können, was für einen Vogel Sie gewonnen haben.
Hr. Hl. 1. Vom Militär brauchen Sie keine Verschonung zum Orkanen. 2. Der Stiefvater kann Trutzunge sein.
V. Schwednitz 1. Ob Sie für das Kind Schulgeld zahlen müssen, kommt auf die britischen Bestimmungen an, worüber Sie sich unterrichten müssen. 2. und 3. Es können Ihnen keinerlei Schutzwaffen bereit werden.
D. Dirschberg. Die Kosten des Zwangsverfahrens müssen Sie bezahlen. Da die geforderte Summe verhältnismäßig niedrig ist, wäre es besser gewesen, sie bald zu zahlen; dadurch würden Kosten gespart worden sein.
S. Vissa i. W. Sie können Zinsen bis zu sechs Prozent erheben.
H. 50. Hat sich das Mädchen anderweitig vermietet, ehe die alte „Verdacht“ das neue Mietgeld anbot, so kann das Mädchen ohne weiteres abziehen. Nämlich aber das Mädchen von der alten „Verdacht“ Mietgeld für das neue Mietjahr, so kann das Mietgeld nicht zurückgegeben werden.
Streitfisch. Wo die Deutsche Kaiserkrone aufbewahrt wird, wissen wir nicht.

**Bersammlungen und Vereine.
Gewerkschaftshaus.**

Donnerstag, den 21. Juli:
Zimmerer-Verband. Versammlung im großen Saale.
Schiffszimmerer. Versammlung. Zimmer 3.
Bibliothek des Sozialdemokratischen Vereins. Bücherausgabe von 6 1/2-9 Uhr im Zimmer 7.
Französischer Unterricht. Abends Punkt 8 Uhr im Billardzimmer.
Freitag, den 22. Juli:
Gewerbegerichtsbefugter. Zimmer 1.
Deutscher Anruf. Zimmer 2.
Sonntag, den 23. Juli:
Allgemeiner Deutscher Gärtnerverein. Rosenfest im großen Saale.
Buchbinder. Generalversammlung im Zimmer 2. Vorher: Vortrag des Stadtverordneten Neukirch.
Sozialdemokratischer Verein Breslau.
Achtung, Distrikts- und Bezirksführer!
Montag, den 25. Juli, Abends 8 Uhr, in den Distriktslokale Abrechnung der Bezirksführer. Die Kontrollkarten und die unverkauften Beitrittsmarken sind mitzubringen. Alle Bezirksführer sollen pünktlich zur Stelle sein.
Sozialdemokratischer Verein Breslau (Land)-Neumarkt.
Land-Distrikt 6. (Bezirks Vorstehen und Tschauhelwig.) Sonntag, den 24. Juli, früh um 9 Uhr, Versammlung bei

Krause in Tschauhelwig. Vortrag des Genossen Wolff-Schubert über: „Was die Sozialdemokraten sind und was sie wollen.“
Vlieg. Leberarbeiter-Verband. Jeden Sonnabend Abends bei Beer, Wollstraße. Abends von 5-7 Uhr. Aufnahme neuer Mitglieder.
Vlieg. Fabrikarbeiter- u. Arbeiterinnen-Verband. Jeden Sonnabend Nachmittag von 5-8 Uhr: Abends und Aufnahme neuer Mitglieder im Vereinszimmer bei Reichelt, Doppelnerstraße 12.
Zriegau. Verband der Fabrikarbeiter. Sonnabend, den 23. Juli, Abends 8 Uhr: Mitglieder-Versammlung in der „Bierquelle“.
Zriegau. Sozialdemokratischer Verein. Die Bezirksleiter haben dem Beschluss der Generalversammlung Rechnung zu tragen und sobald als möglich die alten Bücher einzuziehen und an den Vorstand abzuliefern.
Vlieg. Bauarbeiter-Schutz-Kommission. Sonntag, den 24. Juli, früh 8 Uhr: Sitzung.
Dirschberg. Wahlverein. Dienstag, den 26. Juli, Abends 8 1/2 Uhr: Mitglieder-Versammlung in der „Andreas-Schule“.
Dirschberg. Öffentliche Volks-Versammlungen Sonntag, den 24. Juli, Nachmittags 3 Uhr, im großen Gartenrundblick des Restaurants „Sandlauer“ in Herrisdorf. Abends 8 Uhr im Riedham zu Grünau. Thema: „Alles für den König - nichts für das Volk!“ Referent Genosse Albert-Breslau.

Schauspielhaus

Donnerstag, Freitag, 8 Uhr zum verletzten und letzten Mal:
Im Taubenschlag
Sonnabend und Sonntag, 8 Uhr
Erstes und zweites Gastspiel
Charlotte Waldow:
„Die Wespe“.

Sommer-Theater
(Lieblichs Etablissement).
Heute Donnerstag zum vorletzten Male:
„Kavaliere“
Anfang 8 Uhr.
Im Garten: Grosses Konzert.

Viktoria-Theater
Tägliche:
„Breslau!
was sagst Du nu!“
Neue in 6 Bildern mit
Henry Bender.
Anfang 8 Uhr.
Preise wie gewöhnlich.

„Reformier“ überall käuflich!
Union-Biere ordnen ihre Belieferung ihrer vorzüglichen Bekömmlichkeit.

„Scala“
Sommer-Theater
Nikolaistrasse 27.
Tägliche abends 8 1/2 Uhr:
Eine tolle Nacht in Berlin.

Zeltgarten
Dir. H. Krainak.
6. Tag der internationalen Damen-Ringkampfkongkurrenz
3 spannende Kämpfe
sagen die neuen Spezialitäten.

Palmengarten.
Dir. H. Krainak.
Neu
Tiroler-Kapelle.

Dresdener Auto-Schule
Hilft jeden Mann in 3-4 Wochen zum tüchtigen Chauffeur aus. Stellen werden sofort nachgem. H. Hensch, Dresden-Fl. Johann-Bergstraße 28. [3512]

Rohtabake
in großer Auswahl empfindlich billig
Carl Rothbar & Kade
Dresden I, Gumpertz 26.

Besten Dank sagt Allen, die meinen gut. Mann, den Bahnarbeiter Gottfried Konechak, zur letzten Ruhe begleitet haben
Fr. R. Konechak, Alsenstr. 75.

Stantonagen-Scimarbeiterin
u. junges Arbeits-
Mädchen mit
Silbiger, Antonenstr. 9.

Brot, Semmel u. Backwaren
in nur bester Qualität empv. Rademacher,
Bäckermeister, Rembrandtstr. 22. [3283]

2 gebrauchte Singer-Maschinen
für 15 und 24 Mk., sehr gut laufend, bei
Rosenfeld, Neumarkt 1. [2756]

Genosin! Bitte ausschneiden
da ich nicht et antworte.
Wer blüht u. gut laufen will, komme nach
Alsenstraße 75.
Kleider, Möbel, Betten und Wäsche.
Schuhe, Strümpfe, Uhren
neu und gebraucht. [2923]

Halten Sie fest
nur reell und billig zu kaufen.
Anzüge, gute Stoffe, 9 1/2 Mk. Nach
Mach, wunderbar, 18 Mk. Hosen aus
Reiten 2 1/2 Mk.
Anzugfabrik, Wallstraße 171.

Sehr gutgehendes
Milch- und Vorkostgeschäfte
mit Milch u. Jungbier-Verkauf, anderer
Unternehmen halber verlässt er zu verlaufen in
C. H. unt. S. a. K. Exped. d. Volkswacht.

**Zigarren
Zigaretten**
empfehlen
Oscar Rudolph
Breslau 13, Reudorfstr. 61.
Vereine Engrospreise.

**Reellste billigste
Einkaufsquelle
Möbel-
Ausstattungen**
sowie einzelne Ersatzstücke.
Solide Arbeit. 3618
5 Jahre Garantie.
G. Roth
Breslau, Blücherplatz 9.
Eigene Werkstatt. Gegr. 1876.

Wir empfehlen:
Der dumme Teufel
Die Katastrophe der
Zentrumspolitik.
Preis 20 Pfg.
Buchhandlung
„Volkswacht“.

„Nordsee“

Schmiedebrücke 19
Fernsprecher 3284
Stadtbahnbogen
Fernsprecher 4223
Markthalle I
Aus eigenen Fängen in
unserem Kühlwagen
lebendfrisch eintreffend:
pro Pfd.

- Goldbarsch 18 ↓
 - Goldbutt 30 ↓
 - Cablau im Schnitt 22 ↓
 - Seelachs im Schnitt 22 ↓
 - Schellfisch im Schnitt 25 ↓
 - Bratschollen 20 ↓
- ferner:
- Angelschellfisch
 - Knurrhahn
 - Steinbutt
 - Seezungen
 - Austernfisch
 - Heilbutt 3620
 - Rotzungen
 - Schleien
 - Fluss-Zander
 - Flusshecht etc. etc.
 - Krebse in allen Grössen zu billigstem Tagespreis Kochrezepte gratis.

Buchhandlung Volkswacht.
Die Gleichheit. Frauenzeitung, alle 14 Tage. 0.10

Wir empfehlen:
Tod der Todesstrafe!
von J. Stern.
Preis der Vereinsausgabe
20 Pfg.
Buchhdlg. Volkswacht.

Wilhelm Liebknecht
sein Leben und Wirken
von
Kurt Eisner.
Zweite erweiterte Auflage
mit Porträts und Abbildungen
Preis 60 Pfg.
Zu beziehen durch die
Buchhandlung „Volkswacht“.

Friedrich Engels
Sein Leben
sein Wirken
seine Schriften
von **Karl Kautsky**
Mit Engels Porträt.
Preis 40 Pfg.
Buchhandlung „Volkswacht“.

Die Zukunft der Sozialdemokratie
von J. Dietzen.
Preis 20 Pf.
Zu beziehen durch die
Buchhandlung „Volkswacht“.

Lohnarbeit und Kapital
von Karl Marx
mit einer Einleitung von
Frdr. Engels.
Preis 25 Pf.
Buchhandlung Volkswacht.

Krimke & Co.
Breslau, Neue Graupenstrasse 7.
Billigste Bezugsquelle für
gebogene Möbel
Spezialität:
Restaurations- und Saal-Stühle.
Preis-Listen gratis und franko.

8 Achter-Bahn 8
auf den Teichäckern
Tägliche geöffnet bis abends 10 Uhr.
Seute ermäßigte Fahrpreise
Erwachsene 20 Pf., Kinder 10 Pf.
Sonntag letzter Tag.

Deutscher Holzarbeiter-Verband
Zahlstulle Liegnitz.
Sonnabend, den 23. Juli 1910:
26. Stiftungs-Fest
im „Gewerkschaftshause“.
Gartenfest und Sommernachtsball.
Es ladet ergebenst ein Das Komitee.

Wilhelmsburg Deutscher Donnerstag:
Strohmitwerk
Hendevoude-Kränzchen.
Bei der Polonäse reizende Präsente. [3612] P. Hötzel.

Kentschel's Etabl., Pöpelwitz.
Deutscher Donnerstag: 3618
Sommernachts-Kränzchen.
Präsente-Polonäse. - Glöbeinellen. - Entree frei.

„Sinalco“
das beste alkoholfreie
Erfrischungsgetränk
ist überall zu haben.
Andere Getränke, welche als Ersatz angeboten werden, weisen man zurück.
Hermann Meyer, Waldenburg.

Allen Genossen, Hausfrauen u. Volkswachtlesern der Chauer Vorstadt empfehle ich meine
Bäckerei u. Konditorei
Die Verwendung bester Rohmaterialien, sowie die sauberste Herstellung, garantieren Ihnen, mich beschreibenden Publikum, eine wohlgeschmeckende Backware. Auf Wunsch sende ich Ware frei ins Haus. - Nur gültigen Vorrath bietet
Bruno Schäfer, Bäckereibesitzer,
Neue Tauentzienstraße 70.

Die Namenlosen
Geschichten aus dem Leben
der Arbeiter und Armen
von Ferdinand Harusch
Buchhandlung Volkswacht.
18 Hefte à 10 Pfennig.

Die Gleichheit
(Frauenzeitung.)
Alle 14 Tage erscheinend. Seit 10 Pfennig.

Stadtverordnetenwähler!

Wahrt Eure Rechte!

Seit dem 15. Juli gelangen in den Städten der östlichen Provinzen Preußens die Wählerlisten für die Stadtverordneten-Wahlen zur Auslegung. Und zwar in allen städtischen Gemeinden, auch denjenigen, in denen 1910 eine Ergänzungswahl zu den kommunalen Kollegien nicht vorgenommen wird.

Bei dieser Gelegenheit kommt zum ersten Male eine Neuerung zur Anwendung, die das lebhafteste Interesse aller

Stadtverordnetenwähler mit Kindern

nachzusehen muß. Es handelt sich um das sogenannte „Kinderprivileg“. Nach dem neuen Gesetz über die Einkommensteuer fällt bekanntlich die Berechtigung weg, wonach für jedes Kind 50 Mark vom steuerpflichtigen Einkommen abgezogen werden durfte. Statt dessen wird um zwei Steuerstufen herabgesetzt, wer zwei Kinder besitzt. Um zwei Steuerstufen ermäßigt wird der Vater von drei oder vier Kindern, um drei Steuerstufen der Ernährer von fünf oder sechs Kindern, und so fort. Auf diese Weise tritt es öfter ein, daß ein bisher mit über 660 Mark Einkommen steuerpflichtiger und wahlberechtigter Bürger in niedrigere Steuerstufen hinabdrückt.

Er durch verliert der Kinderreiche Vater sein Wahlrecht nicht!

Wer über 660 Mark verdient und nur wegen des Kinderprivilegs in die Klasse von 420-660 Mark hinabdrückt, behält sein Stadtverordnetenwahlrecht. Denn das Gesetz vom 26. Mai 1909 sagt in seinem § 20a ausdrücklich:

Die in den §§ 19 und 20 gewährten Ermäßigungen (über das Kinderprivileg. Red. d. V.), bleiben außer Betracht bei Berechnung der zu entrichtenden Steuerbeträge für Wahlzwecke.

Diese Bestimmung ist klar und deutlich, immerhin aber noch nicht klar genug, daß auch schlesische Ortsbehörden sie verstehen könnten. Daß doch sogar der Breslauer Bezirksausschuß — von dem uns übrigens nichts mehr wundert — die Ansprüche der betreffenden Familienväter als ungegültig zurückgewiesen!

Die betreffenden kinderreichen Staatsbürger, die sich für ihre doppelten Sorgen um die Familie nicht noch rechtlos machen wollen, werden sich also ordentlich auf die Hinterbeine setzen und den schwerfälligen Behörden einen Tanz auffpielen müssen.

Die Wählerliste liegt in jeder Stadt aus. Wer sich in diesem Jahre sein Recht sichert, spart sich die Scherereien im nächsten Jahre! Und es ist dringend nötig, daß den Behörden überall Gesetzeskenntnis anerzogen wird. Wer wegen seiner Kinderzahl in eine tiefere Steuerklasse verlegt ist, das sind die Väter von zwei und mehr Kindern, und nicht in der Liste steht, erhebe Einspruch und beantrage die Einfügung seines Namens. Alle nötigen Aufklärungen und Beistand leisten die Parteisekretariate in Breslau.

Die wachsende Bedeutung des Handels

Innerhalb der deutschen Volkswirtschaft ist eines der auffallendsten Ergebnisse der letzten Berufszählung. Seit 1882 ist die Zahl der Berufstätigen in Handel und Verkehr um

121 1/2 Prozent gestiegen. Das übertrifft noch bei weitem das Wachstum der Industrie, das — obgleich an sich auch gewaltig — doch nur 76 Prozent erreichte. Die Gesamtzahl der in Handel und Verkehr Beschäftigten betrug

Jahr	1882	1895	1907
Gesamtzahl	1 570 310	2 385 511	3 477 626

Betrachtet man die soziale Zusammensetzung des Handelsstandes, so zeigt sich eine besonders starke Zunahme der Angestellten. Die Arbeiter haben im Handel — im Gegensatz zu Industrie und Landwirtschaft — auch die Zahl der Selbständigen gewonnen ist. Folgende Tabelle zeigt das:

Kategorie	1882	1895	1907
Selbständige	701 508	843 557	1 012 192
Angestellte	141 548	261 907	505 909
Arbeiter	727 262	1 280 047	1 959 525

Die Zahl der Selbständigen hat also jedes Mal von einer Zählung zur anderen um rund 20 Prozent zugenommen. Jedoch sind es fast ausschließlich die Klein- und Zwergbetriebe, auf die das Wachstum der Selbständigen entfällt, nämlich Kleinhandel, Gast- und Schankwirtschaft, Versicherung, sowie Verfertigung, Verleihung, Stellenvermittlung und Kunstfertigkeit. Das sagt dem Kundigen genug: es handelt sich hier zum großen Teil um Personen, die durch die Entwicklung in Industrie und Landwirtschaft brotlos geworden, mit einem kleinen Handelsbetrieb ihre Existenz zu fristen suchen und so die Zahl der Selbständigen eigentlich nur scheinbar vermehren. Scheidet man z. B. die Schankwirtschaft, die Versicherung, das Verkehrswesen aus und betrachtet nur den eigentlichen Handel, so zeigt sich auch hier ein Rückgang der Selbständigen. Im eigentlichen Handel kamen auf je 1000 Erwerbstätige:

Kategorie	1882	1895	1907
Selbständige	572	480	384
Angestellte	91	117	154
Arbeiter	337	403	462

Auffällig ist ferner im Handel ebenso wie in der Industrie die besonders starke Zunahme des weiblichen Geschlechts. Sie ist im Handel sogar bei den Selbständigen stärker als die des männlichen Geschlechts. Es waren selbständig im Handel:

Kategorie	1882	1895	1907
männlich	550 926	640 949	765 551
weiblich	150 572	202 616	246 641
Summa	701 508	843 557	1 012 192

Es haben also die männlichen Selbständigen von 1882 bis 1895 um 16 1/2 Prozent zugenommen, die weiblichen um 34 1/2 Prozent; von 1895 bis 1907 die männlichen um 19 1/2 Prozent, die weiblichen um 21 3/4 Prozent. — Auch bei den Arbeitern ist die Zunahme der Frauen stärker als die der Männer. Es gab Arbeiter im Handel:

Kategorie	1882	1895	1907
männlich	582 885	863 042	1 354 482
weiblich	144 377	365 005	605 043
Summa	727 262	1 228 047	1 959 525

Hier beträgt von 1882 bis 1895 die Zunahme der Männer 49 Prozent, die der Frauen 153 Prozent; von 1895 bis 1907 die Zunahme der Männer 56 Prozent, die der Frauen 66 Prozent. Am allerstärksten jedoch ist die Zunahme des weiblichen Geschlechts bei den Angestellten im Handel. Hier sind die entsprechenden Zahlen:

Kategorie	1882	1895	1907
männlich	138 387	249 920	426 220
weiblich	3 161	11 997	79 689
Summa	141 548	261 907	505 909

Weibliche Angestellte im Handel hat es also 1882 so gut wie garnicht gegeben, jetzt gibt es rund 80.000! Während die männlichen Angestellten sich vermehrt haben

von 1832 bis 1895 um 80 1/2 Prozent und dann bis 1907 um nur 70 1/2 Prozent, betrug das Wachstum der weiblichen in den gleichen Zeiträumen erst 279 Prozent und dann gar 565 Prozent. Bedenkt man, daß zu den Handlungsgehilfen natürlich auch fast alle weiblichen Angestellten der Industrie rechnen und daß deren Zahl bei den drei Zählungen sich stellte auf 2 269, 9 324 und 63 936, so verleiht man die ungeheure Bedeutung, die die Frauenfrage im Handel in diesen Jahrzehnten gewonnen hat.

14. Generalversammlung des deutschen Tabakarbeiterverbandes.

Braunschweig, den 19. Juli.

Am Dienstag Morgen wurde die Diskussion über die Vorstandsberichte und die dazu vorliegenden Anträge fortgesetzt. Diese Anträge waren zum Teil einander recht widersprechend, ihre große Mehrzahl aber ließ auf die Herbeiführung einer viel schärferen und planmäßigeren Aktion hinzielen. Verschiedene Gauen sollen geteilt werden; Süddeutschland sollte seinen Gauleitern Unterbeamte (Beizmeister) unterstellt werden; Posen dem dortigen Gauleiter eine der polnischen Sprache mächtige Hilfskraft zur Seite gestellt werden; eine Anzahl Orte wünschten besoldete Ortsbeamte; besondere Maßnahmen (Anstellung eines Beamten, Reichs-Inspektion, Vorkauf- und Arbeitsstellen) wurden verlangt, um die Aktion unter den Zigarrettenarbeitern erfolgreicher zu betreiben; Vorstand und eine Reihe zentralen Gauen beantragt, alle Gauen nach Möglichkeit mit leitenden Angestellten zu versehen. Weiter war die Anbahnung von Schritten zur Verschmelzung des Verbandes der Zigarrettenarbeiter und Kistenbinder mit dem Tabakarbeiterverband beauftragt; ferner die Verschmelzung des Verbandes mit dem Arbeiterverband, wie die Verschmelzung aller in der Rohraus- und Genussmittelbranche beschäftigten Arbeiter zu einem Industrieverband. Eine Anzahl anderer Anträge liefen auf rechtliche und technische Neuerungen, auf Abschaffung der Gauenbeiträge und ihren Ersatz durch Zentralbeiträge, auf

Umwandlung der Arbeitslosen- und Krankenunterstützung in eine Erwerbslosenunterstützung hinüber.

Süßbach, der Vertreter der Generalkommission, warnt eindringlich davor, die regulären Unterstützungsätze noch weiter zu erhöhen. Besonders die Krankenunterstützung belaste den Staat heute schon zu reichlich. Nicht Erhöhung der Unterstützungen, sondern Stärkung des Kampfs um die Arbeit sei die Rolle sein. Zur Verschmelzungswange wünschte er, daß es nicht bei der lituanischen Erklärung des Reichstages des Jahres 1907 stehen bleiben möchte. Die Arbeiter seien professionell so eng mit den Tabakarbeitern verwichen, daß eine Einzelorganisation nur das natürliche Verhältnis darstellte.

Nach einer ganzen Anzahl Redner brachten gravierende Bemerkungen von der Not und den Schwierigkeiten der Tabakarbeiter über die Tabakarbeiter herbeigekämpft sind. Die Diskussion fand durch Eröffnung der Rednerliste ihr Ende, nachdem fünfzig Redner zu Worte gekommen. Während der Diskussion ging nach ein Antrag ein, die General-Kommission möge das Ihrige dazu tun, damit

die Verschmelzung der Zigarrettenarbeiter mit den Tabakarbeitern

zustande komme. — An der Tätigkeit des Vorstandes waren betriebe keinerlei Ausstellungen gemacht worden, der Vorsitzende Reichmann konnte sich deshalb in seinem Schlussworte darauf beschränken, das Für und Wider der Anträge noch einmal kritisch zu behandeln. Bezüglich der Verschmelzung mit den Zigarrettenarbeitern meinte er, daß weiterer durch ein Einvernehmen der Generalkommission noch durch ein Punkt der Generalversammlung die Vereinigung bewirkt werden könne, sondern vor allem darauf, aus den Mitgliederkreisen, müsse recht kräftig für die Verschmelzung Propaganda gemacht werden.

An der Abstimmung wurden folgende Beschlüsse gefaßt:

1. Der Anstellung des Gauleiters für Braunschweig, Gert und Dresden wird die Zustimmung erteilt.
2. der 9. Gau (Bayern, Baden, Württemberg, Elsaß) und der 13. Gau (Süd- und Westpreußen und die beiden Westfalen) sollen in zwei Gauen geteilt werden.
3. alle Gauen werden nach Möglichkeit mit leitenden Gauleitern besetzt.

Das Licht in der Meerestiefe.

In einer interessanten Arbeit über die räumliche Verbreitung des Lichts und das Sehen der Tiere, die Professor von Michel in der „Deutschen Revue“ veröffentlicht, werden auch die Lichtverhältnisse in den Meerestiefen eingehend erörtert. In 483 Meter Tiefe ist im Wasser bei Zenithstand der Sonne das Licht bis zu dem des Vollmondes, das sich zu ihm wie 1:589.500 verhält, abgeschwächt. In 89 Meter Tiefe würde noch die Lichtstärke des Sternes Capella, die sich zu der der Sonne wie 1:555 760 Millionen verhält, vorhanden sein. Durch Versenkung photographischer Platten im Mittelmeer wurde festgestellt, daß sie noch in 500 bis 600 Meter Tiefe affigiert wurden. Bei den angeführten Zahlen wird indessen von der Voraussetzung ausgegangen, daß die Verhältnisse der natürlichen Gewässer gleich denen des beschriebenen Wassers seien; die Zahlen sind also zu hoch gegriffen, da das Meer eine Reihe von Sinkstoffen enthält, durch die das Licht viel stärker abgeschwächt wird. Im allgemeinen kann man annehmen, daß die Wasser-massen, die unter einer Grenze von 400-500 m liegen, kein kosmisches Licht mehr erhalten, also dunkel sind. Nun haben aber die neueren Forschungen ergeben, daß in der Tiefe des Meeres die Zahl der Organismen, die selbst Licht produzieren, außerordentlich groß ist. Die neueren Verhältnisse zahlreicher Tiefseephalopoden haben eine ganz räumliche Verbreitung der Leuchtorgane gezeigt. So ist häufig die Zahl dieser Organe an ein und demselben Tiere nach Hunderten bemessen. In den Tiefen des Nordatlantischen Ozeans wurde unter dem Strahlenden Kleinod der Freya als „Brinlinga“ bezeichnet wurde. In den Weltmeeren, deren Räume unterhalb einer Grenze von 500 bis 600 Meter liegen, in die nie ein Strahl der Sonne dringt, handelt es sich nicht um eine einzelne Spezies, die leuchtet, sondern alles, was dort kreucht und flucht, kann leuchten. Selbst das farbige Licht fehlt hier nicht; prachtvolles Ultramarinblau, Dimmblau und Rubinrot sind vertreten. Jules Verne hat in seinem „Nautilus“ bereits solches Leuchten auf dem Meeresgrunde geschildert. Daraus, daß vom Grunde des Meeres alles leuchtend und sichtbar wird, erklärt sich die extreme Entwicklung der Augen bei so vielen Tiefseefischen. Die Leuchtkraft des Organismus wird auf 1/100 Normalleuchte geschätzt.

Aus aller Welt.

Eine Laubkolonie vollständig abgebrannt. In der Laubkolonie bei Hemsdorf (Berlin) brach auf bisher unbekannte Weise in dem Sommerhäuschen eines Jagdrevierbesitzers Feuer aus, das sich, da zu der Zeit niemand auf dem Gelände anwesend war, be-rüht

fürliche Laub der Kolonie in hellen Flammen. Die zur Hilfeleistung herbeigerufenen Feuerwehren aus Hemsdorf, Waldmannslust und Glienicke konnten leider nichts mehr retten.

Der Dampfer „Primus“. Man erinnert sich noch des entsetzlichen Unglücksfalles, der vor acht Jahren, am 20. Juli 1902, den Untergang des Dampfers „Primus“ in der Rabe des Altmeeres verursachte infolge eines Zusammenstoßes mit einem andern Schiffe herbeiführte, wobei 102 Ausflüchter, fast alles Arbeiterlöhner, den Tod fanden. Dieser Unglücksdampfer wurde später erhoben, ausgebeißert und unter dem unverkändlichen Namen „Kurehube“ wieder in Dienst gestellt. Allein das Publikum wird das Schiff ängstlich, bis seine Rettung endlich einsehend, daß es unter keinem noch so harmlosen Namen Erträge liefern werde. Es wurde dann außer Dienst gestellt und lag Jahr um Jahr im Außenhafen der Stadt Barchin, für alle, die keine tragische Geschichte kannten, als ein schauriges memento mori. Jetzt soll der Unglücksdampfer endlich ganz von der Bildfläche verschwinden: er ist „zum Abschichten“ an einen Hamburger Unternehmer verkauft worden.

Ein „fliegendes Boot“. Aus London wird berichtet: Die Bürger, die am Montag an den Themensüden oder auf den Brücken einherwandeln, wurden Augen eines interessanten Experimentes, das Sir John Thornycroft auf dem Flusse mit einem eigenartig konstruierten neuen Boot veranstaltete. Wenn das Fahrzeug still liegt, unterscheidet es sich durch nichts von einem gewöhnlichen Motorboot; wenn aber die Fahrt beginnt, ändert sich das Bild, die Geschwindigkeit des Bootes wird geradezu verblüffend, und mit Stauern sieht man dann, wie der Rumpf sich über die Wellen zu heben scheint und im wilden Tempo über die Wogen ähne dahingleitet. Das Fahrzeug, das den Namen „Miranda IV“ erhalten hat, ist 26 Fuß lang, seine Motoren entwickeln 190 Pferdekraft. Die Fahrt von Hammerman bis zum Waterloo Bier wurde in fünfzehn Minuten zurückgelegt, und das Boot erreichte dabei eine Geschwindigkeit von nicht weniger als 42 1/2 englischen Meilen in der Stunde. „Seit vielen Jahren“, so äußerte sich Sir John Thornycroft später zu einem Pressevertreter, „arbeite ich an diesem Modell. Den Erfolg, den ich bis jetzt erzielt habe, verdanke ich der Entwicklung der Motortechnik.“ Die „Miranda IV“ wird voraussichtlich in Bournemouth an den Wettrennen zwischen Flugmaschinen und Motorbooten teilnehmen; sie ist wohl das schnellste Boot, das es bis heute gibt.

„Betrachten Sie sich als eine Leiche!“ In Arab fand dieser Tage ein sicher einzigartiges Duell statt. Dies neue Duell kann ein theoretisches, sogar der Gesundheit sehr zuträgliches Duell genannt werden. Zwei Herren hatten im Koffeehaus einen Streit. Am nächsten Tage erschien in einem Araber Blatte folgende Erklärung: „Mein Herr! Ein Herr schickte einem Gentleman, wie sie einer sind, keine Servanden. Betrachten Sie sich deshalb durch meine Feilen angedreht. Gleichzeitige gebe ich Ihnen eine Ohrspeise von rechts und

eine Ohrspeise von links. Danken Sie Gott, daß ich bei dieser Gelegenheit nicht auch gleich meinen Stock ergreif, um Sie zu erschlagen.“ Auf diese Erklärung erfolgte am nächsten Tage eine Gegenklärung: „Mein ausgezeichneter Gegner! Ich bedanke mich bei Ihnen bestens, daß Sie mir — wenn auch nur schriftlich — im ganzen zwei Ohrspeisen gaben, und daß Sie mich nicht durchspülten. Glauben Sie mir bitte, daß ich Ihnen als Antwort auf Ihre Insultierung sechs Revolverkugeln in Ihren Schädel schide. In dem Moment, in welchem Sie meinen Brief lesen, betrachte ich Sie als eine Leiche. Mit besten Grüßen an Ihren Leichnam verbleibe ich Ihr...“

Ein eigenartiges Leichenbegängnis fand am Freitag im Moosacher Friedhofe in München statt. Es wurde der im Auslieferungspunkt durch Abtun von der im Bau befindlichen Parterre-Einstichhalle löblich verunglückte 19jährige Zimmermann Hermann Heud aus Kiel der Erde übergeben. Zum Alle der letzten Ehrena hatten sich die anrecht hier in Arbeit befindlichen fremden Zimmerleute in der eigenartigen Tracht ihrer Heimat — bloße, weißleimene Hemdärmel, den Spinder auf dem Kopf — eingefunden. Jeder der Herren trug in der Hand die symbolischen Abzeichen des Handwerks, Hammer, Winkelmaß und Hobel; auf den nach oben gerichteten Spitzen der Werkzeuge waren Zirkonen aufgeschliffen. So schritten sie im Trauerzuge einher. Bittorson kam eine Musikkapelle. Es folgten zwei Geleiten, Weile tragend, die auf der von sechs Zimmerleuten getragene Sarg, dem sich zuerst die Kunstgenossen von St. Gallen mit ihrer Fahne, deren buntes Fähnchen wie ein Baldachin auf den Sarg niederwallten und dann die übrigen fremden Zimmerleute anreiheten. Dreimal senkten und hoben die Träger den Sarg, ehe sie ihn dem Grab übergaben. An dieses trat ein Genosse und verkündete, daß der Verstorbenen laut der vier Arbeitsurkunden (die auf einem schwarzen Sammetlappen mitgetragen wurden) an fremdem Orte, in Harburg, Driesburg, Metz und München gearbeitet hat. Ein Mitgeleit widmete einen warmen Nachruf, worauf Kränze niederlegten die Arbeitskollegen vom Bau der Parterre-Einstichhalle, die fremden Zimmerleute von Berlin, Bremen, St. Gallen, Winterthur, Hamburg und Stuttgart, die Parterre-Einstichhalle, die Aktiengesellschaft Charlottenburger Ballonballenbau und der Zentralverband der Zimmerer Deutschlands, zahllose München. Zum Schluss warfen die fremden Geleiten mit drei Schollen Erde die Zirkonen ins Grab, wobei ein jeder die Worte sprach: „Als Fremder bist Du gerufen; als Fremder bist Du gestorben; als Fremder sollst Du in fremder Erde begraben sein!“

Schnell besonnen. In einer Zeitung Norddithmarschens fand mit vollem Namen folgende Anzeige: „Die Verlobung mit: Herrn Adolf S... ist meinerseits wieder aufgehoben. Adele B...“ Aber schon die nächste Nummer der Zeitung enthielt folgende neue Anzeige: „Unsere Verlobung ist wieder hergestellt. Adele B... Adolf S...“

1. Im Zentralvorstand wird ein zweiter Kassierer einmündig.
2. Mitglieder, die zwei Verbänden angehören, behalten ihre stamtarischen Rechte.
3. Der Vorstand soll eine parlamentarische Ordnung für Mitgliederparlamentarismen und einen Kommentar zum Statut herausgeben.
4. Folgende Anträge wurden dem Vorstande zur Genehmigung übergeben:
 1. im Gauen mit fast ausgedehnter Tabakindustrie den Gausleitern Abschlüsse beizulegen,
 2. für den Gausleiter einen Bezirkssekretär,
 3. für Vorstand einen beholdenen Beamten anzustellen,
 4. desgleichen für Waldheim, Mariha, Geringstraße und Töbeln.
 5. im polnischen Gau einen polnisch sprechenden Agitator anzustellen,
 6. den Sitz des Gauses Köln nach Aachen zu verlegen,
 7. für Süddeutschland baldmöglichst einen Tabakarbeiterkongress einzuberufen.

In der Versammlung wurde die Generalversammlung jedes Monats ab, nach einer allerdings rein persönlichen Erklärung des Vertreters des Zentralsverbandes, daß er innerhalb seiner Organisation nach Kräften für die Verbesserung wirken werde.

Für die Anträge der Unterstützung der arbeitslos gewordenen Tabakarbeiter haben der Vorstand und die Mitglieder der Zentralstelle einen Antrag an die von den verschiedenen Regierungen und Reichsbehörden verfaßt.

Schwärzung dieser Unterstützungen
Dann sagte er den geschäftigen Tabakarbeitern die persönliche Unterstützung des Verbandes durch Annahme folgender Resolutionen zu:

„Alle infolge der Tabakarbeiter arbeitslos gewordenen vollberechtigten Mitglieder des Verbandes erhalten, sofern die von Staats gewährten Unterstützungen demnach sind, wie die im Verbande gewährte Arbeitslosenunterstützung, von 18. Juli 1910 an gerechnet, aus der Verbandskasse einen Zuschuß bis zur Höhe dieser Verbandsumschüttung.“

Nachdem Gräbner, Ganan im Namen der Revisionskommission, welche Maße, Bücher und Besize in bester Ordnung befinden hatte, die Dechargeerklärung des Vorstandes dem einmündig willfährig wurde, berichtete er noch über einen Einmündigverfall, wozu der Verbandsschreiber Gerte in letzter Stunde ein einleitendes Referat über alle zum Statut, Streit- und Wahlrechtament geschickten Anträge hielt. Er hob im Auftrage des Vorstandes und im Verhinderung aller in Betracht kommenden Momente von der Geschäftsabhandlung ab. Die weitere Beratung der Anträge wurde auf Mittwoch vertagt.

Schlesien, Posen und Nachbargebiete.

Sozialdemokratische Gemeindevertreter-Konferenz für den Agitationsbezirk Breslau.

Am Sonntag, den 31. Juli, Vormittags 9 Uhr, findet im Saale des Gewerkschaftshauses zu Breslau eine Konferenz der sozialdemokratischen Gemeindevertreter aus den Stadt- und Landgemeinden mit folgender Tagesordnung statt:

1. Die rechtlichen Verhältnisse in den Gemeinden Schlesiens. Referent: Genosse Scholich.
2. Die Aufgaben der sozialdemokratischen Gemeindevertreter. Referent: Stadt. Rev. Kirch.

Zu dieser Konferenz sind alle sozialdemokratischen Gemeindevertreter eingeladen. Auch solche aus den übrigen Agitationsbezirken Schlesiens haben Zutritt. Beginn pünktlich 9 Uhr Vormittags. Die Agitationskommission.

Bezirkskonferenz.

Sonntag, den 31. Juli 1910, Nachmittags 2 Uhr, im Gewerkschaftshause in Breslau.

- Tagesordnung:
1. Geschäftsbericht des Bezirkssekretärs.
 2. Agitation und Organisation.
 3. Verschiedenes.

Die Konferenz schließt sich an die Gemeindevertreterkonferenz an. Die Agitationskommission.

Zentralstelle der Gewerkschaften Schlesiens und Posen.

Eine ganze Anzahl Gau- bzw. Bezirksleiter referieren noch den Jahresbeitrag für die Zentralstelle. Wir erlauben hiermit wiederholt um Zahlung des künftigen Beitrages an den Kassierer
Breslau, Friedrich-Wilhelmstraße 17, Hof 1.

Die königliche Anfechtungskommission zu Posen als Arbeitgeber.

Auf dem königlichen Anfechtungsamt Thurst, Kreis Schubin, war der Arbeiter E. beim Bau des Vorplatzes beschäftigt. Ein Vorarbeiter nahm die Lerne an und zahlte ihnen auch regelmäßig den ihnen zustehenden Lohn aus. Eines Tages jedoch erklärte der Vorarbeiter, daß er nicht auszahlen könne, da er von dem ihm wieder vorstehenden Schachtmeister kein Geld zur Auszahlung erhalten habe. Der Schachtmeister ist dann gleich darauf entlassen worden, und wie in einer Klage des Vorarbeiters gegen den Schachtmeister wegen des dem Vorarbeiter gleichfalls entgangenen Lohnes festgestellt wurde wegen Unterzahlung des Lohnes. Der Vorarbeiter hat in der Privatklage nur einen Teil von dem ihm zustehenden Lohn retten können, übrigen hat er auf ganz anderem Wege sein Recht gesucht. Die Arbeiter stellen in Sache dem Gutsherren vor, verlangten ihren Lohn und wählten, wenn ihnen der Lohn nicht gezahlt wird, mit Arbeitseinstellung. Der Gutsherr verweigerte die Lerne, indem er ihnen erklärte, daß doch der Lohn sicher gestellt sei, es würde den Arbeitern nicht verloren gehen. Wenn der Katasterkontrolleur kommt, würde alles angemessen und sie bekämen dann ihren Lohn. Da aber trotzdem eine Auszahlung nicht erfolgte, beschritten die Arbeiter den Klageweg und verklagten die königliche preussische Anfechtungskommission. Der Arbeiter E. wurde mit seiner Klage beim Amtsgericht Schubin abgewiesen. Da ihm von seiner Organisation Rechtshilfe gewährt ist, so ging die Sache ans Landgericht Bromberg. Dieses hat nun den Kläger gleichfalls abgewiesen. Begründend wurde angeführt, daß der Gutsherr nicht so viel Vollmacht gehabt, um den Lerne die Versicherung zu geben, daß ihm der Lohn sicher sei. Auch sei dies nur eine mündliche Abmachung, wenn ein schriftliches Rechtsgeschäft abgeschlossen werden sollte, dann hätte dies schriftlich geschehen. Zum Schluß machte der Richter noch die Bemerkung, daß je dem Kläger noch ein anderer Weg offen bleibe, nämlich der, daß er den Gutsherrn verklagt. Nach diesem Urteil sind die Arbeiter bei der Anfechtungs-Kommission einfach rechtlos im wahren Sinne des Wortes. Die Anfechtungskommission ist die Behörde des Gaus, setzt einen Verwalter ein und läßt das Gut bewirtschaften. Dieser stellt zu den Pflanzungsarbeiten einen Schachtmeister ein, und dieser nimmt sich einen Arbeiter, und dieser stellt die nötigen Arbeiter ein. Der Schachtmeister erhält von der Anfechtungskommission, in diesem Fall vom Gutsherrn, das Geld zum Auszahlen des Lohnes. Der Schachtmeister überläßt der Bequemlichkeit halber den Lohn zum Auszahlen an den Vorarbeiter. Das gibt eine ganze Zeit in schändlicher Ordnung. Möglich erhalten die Arbeiter und auch der Vorarbeiter keinen Lohn und sonderbarer Weise findet das Gericht nicht, daß doch der Arbeitgeber, in diesem Fall die Anfechtungskommission, den Arbeitern gegenüber haften für alle den Schaden, der ihnen erwächst. Namentlich, wenn der Schachtmeister die Lerne bereits empfangen und dann nicht auszahlt hat. Es bleibt dem Arbeiter nun nichts weiter übrig, als den Gutsherrn zu verklagen. Da anderer mitheffender Arbeiter haben auf die Klage verzichtet, da ihnen die Mittel fehlen, die Klage zu führen, und da sie auch nicht organisiert sind, ihnen kein Rechtshilfe zufließt.

Politische landwirtschaftliche Vereine.

Die landwirtschaftlichen Vereine Schlesiens wollen sich jetzt mehr um politische Dinge kümmern. Sie waren zwar auch bisher nicht gänzlich neutral, obwohl die Vereine nur zur Förderung rein technischer Fragen gegründet worden sind, sondern haben stets die Politik der Agrarier recht häufig durch finanzielle Mittel unterstützt. Dies soll nach wie vor geschehen; in weit größerem Maße aber als bisher will man jetzt in den Vereinen politische Fragen erörtern. In der letzten Sitzung des landwirtschaftlichen Vereins im Riesengebirge erklärte ein Bundeskommissar, Herr Schöffler aus Krummholtz, ohne Widerspruch zu finden:

„In der Förderung politischer Dinge sollten die landwirtschaftlichen Vereine nicht so schüchtern sein. Wenn der Bund der Industriellen und die Handelskammern die Politik vollständig ausschließen, würden sie ihr eigenes Grab graben. Soweit es das landwirtschaftliche Gewerbe betrifft, müßte auch in den landwirtschaftlichen Vereinen die Politik erörtert werden. Er, Redner, möchte daher empfehlen, das Programm der landwirtschaftlichen Vereine einer Revision zu unterziehen. Dem bisherigen Stande haben wir es anzuschreiben, daß Leute in landwirtschaftlichen Vereinen sich politische Strömungen geltend machen, die uns durchaus nicht fremdlich gegenüberstehen. Wir müssen dahin kommen, wo hin andere Berufsstände schon längst gekommen sind, daß wir sagen, wer nicht mit uns ist, ist wider uns.“

Wenn das Arbeiter sagen, dann ist das natürlich Terrorismus.

Sagan, 21. Juli. Zu Tode gezeichnet. In Neuwaldau geriet der 26jährige Maschinenwärter Parac insolge Reißens einer Kette unter den 40 Ztr. schweren Dreschmaschinen und wurde veranletzt.

Neumarkt, 21. Juli. Ein schlesischer Lehrer als Ariantler. Lehrer Jentsch in Lampertheim hiesigen Kreises hat einen Aluapararat konstruiert, den er in diesen Tagen auf dem Lampertheimer Schulhofe den Mitgliedern des Neumarkter Lehrervereins vorführte.

Weißwasser O., 21. Juli. Einbruch eines Wassersturms. Der hier errichtete Hochbehälter des neuen Wasserwerks, welcher Mittwoch abgenommen werden sollte, ist Dienstag vormittag eingebrochen. Ob die Schuld an einem Konstruktionsfehler oder am Material gelegen hat, ist noch nicht festgestellt. Der Wasserbehälter war kurz vorher von einem Techniker des Gemeindebauamts besichtigt worden.

Görlitz, 21. Juli. Eine „Staatsaktion.“ Dienstag Mittag wurde, wie die „Görlitzer Volk-Ztg.“ meldet, auf Anordnung des hiesigen ersten Staatsanwalts durch die Kriminalpolizei die Nummer der „Görlitzer Volkszeitung“ vom 12. Juni dieses Jahres beschlagnahmt. Angeblich soll in einem Artikel der genannten Nummer eine Beleidigung enthalten sein.

Das weilen Beleidigungen Zeitungen beschlagnahmt werden, ist eine Görlitzer Novität.

Steinau o. S., 21. Juli. Vergiftung. Nach dem Genuss von gärtigen Waldbeeren starb hier der 7jährige Sohn eines Arbeiters. Mehrere andere Kinder, die von den Beeren ebenfalls gegessen hatten, erkrankten schwer unter Vergiftungserscheinungen und mußten in ärztliche Behandlung gegeben werden.

Sunnersdorf, 21. Juli. Achtung, Genossen! Der Boykott über die Firma Meier, Hirschberg, Einaco'abrik, ist aufgehoben, da Herr Meier in Zukunft seinen Leuten wegen Zugehörigkeit zur Organisation nichts in den Weg legt, im Gegenteil wünscht, daß sich seine Arbeiter organisieren, was auch bereits geschehen ist. — Diejenigen Ortsstellen, an denen sich Niederlagen der Firma Meier befinden, werden ersucht, den verhängten Boykott aufzugeben. Der Kartell-Vorstand.

Sagan, 20. Juli. Aufsteigende Bürgerliste. Die Liste der stimmungsfähigen Bürger enthält 1949 Wähler. Die erste Abteilung zählt 58, die zweite 238 und die dritte Abteilung 1633 Wähler. Da jede Abteilung die gleiche Zahl von Stadterordneten wählt, besitzt ein Wähler der 1. Abteilung ein 29 Mal größeres Stimmrecht, als ein Arbeiter der dritten Abteilung. Firma 300 Saganauer Arbeiter, die wohl das Wahlrecht zum Reichs- und Landtage besitzen, haben bei den Stadterordnetenwahlen überhaupt nichts zu sagen. Die Zahl der Wähler der dritten Abteilung ist gegen die vorjährige Liste um 20 zurückgegangen. Wohl ist ein Teil davon in die zweite Abteilung hinaufgerückt, immerhin ist mit größter Wahrscheinlichkeit doch damit zu rechnen, daß ein größerer Teil Arbeiter, die im Vorjahr das Wahlrecht besaßen, diesmal nicht in der Liste enthalten sind. Vier müssen unsere Genossen nun alles daran setzen, daß sie bis zum 31. Juli ihre Eintragung bewirken. Genossen, die müßter nicht wohnen, aber als Schloßburken polizeilich gemeldet sind, Genossen, die ohne zwei und mehr Kinder zu besitzen, keinen Steuerzettel erhalten haben, müssen bei den zuständigen Amtsstellen die Antragsstellung beantragen. Für die Genossen, die sich in die Listen eingeschrieben haben, erfolgt die Zurückführung von der Partei. Rat und Auskunft in Wahlangelegenheiten erteilen die Genossen Gaudly, Bismarckstraße 1, und Zöpler, Bahnhofstraße 19, sowie auch die Vertrauensmänner.

Bromberg, 21. Juli. Die Koalitionsfreiheit in Forden! In dem kleinen, zum Bromberger Reichstagswahlkreis gehörigen Städtchen Forden, welches eine große Industrie besitzt, hat die Polizei in Gemeinschaft mit den Geistlichen jede Arbeiterbewegung der Arbeiterchaft zu verhindern gesucht. Sozialdemokratische Flugblätter und Kalender wurden regelmäßig beschlagnahmt und deren Verbreitung erschwert, bis vor zwei Jahren das Oberhaupt der Forderer Polizei des Diebstahls bezichtigt und die Bromberger Staatsanwaltschaft gegen ihn aufgerufen wurde. Trotzdem ist es aber doch gelungen, Eingang zu finden. So war für Sonntag, den 17. Juli, Nachmittags, in Krügers Lokal eine Versammlung der Arbeiter einberufen. Der Wirt hatte ohne Bedenken sein Lokal zur Verfügung gestellt. Einige Stunden vor der Versammlung erschien bei Krüger der Bürgermeister in Begleitung des Geistlichen (1). Der Erfolg dieses Besuchs war die Verweigerung des Lokals für die geplante Versammlung. Ohne nun viel Federleses zu machen, wurde ein Spatiergang nach dem nächsten Dorfe unternommen, an dem die Arbeiter sich sämtlich beteiligten. Vom herrlichen Wetter begünstigt, konnte den Leuten die Bedeutung der Organisationsauf dem Wege zum Dorfsozial dargestellt werden, sodas im Lokal selbst nur noch die Aufnahmen und die Wahl der Vertrauensmänner vorgenommen werden brauchte. Inzwischen wurden von zwei Polizisten und einem Gendarm in Forden selbst die Lokale abgesucht, um die Frevler zu erwischen. Dem Gendarm und einem Polizisten gelang es denn auch, noch gerammter Zeit das Dorfsozial ausfindig zu machen, aber erst dann, als die Staatsverbrecherische Aktion schon vorüber war. Die Gewerkschaften haben den ersten Erfolg hier errungen und weitere werden folgen, selbst wenn sich Polizei und Geistliche die größte Mühe geben, beide werden nicht in der Lage sein, den Lauf der Arbeiterbewegung aufzuhalten. Über-

aus bedauerlich ist die völlige Unkenntnis der Polizei über das Vergehen, die es zuläßt, daß strebsame Bürger an der Ausübung ihrer staatsbürgerlichen Rechte gehindert werden.

Posen, 21. Juli. Mit dem Pantoffel totgeschlagen. Im Dorfe Sagan bei Tafel hat der Bestger Meyer im Streit seine Frau mit einem Pantoffel so lange geschlagen, bis sie nach kurzer Zeit starb.

Schönlanke, 21. Juli. Ertrunken. In einem Torloch des Pessers Alfred ertrank der achtjährige Alfons Schulz, Sohn des Bestgers Franz Schulz aus Beble.

Aus Oberschlesien.

Die ober-schlesischen Großindustriellen gegen die sozialpolitische Gesetzgebung.

In dem soeben erschienenen Jahresbericht 1909 der Handelskammer für den Regierungsbezirk Oppeln, in welcher die kleine aber mächtige Gruppe der ober-schlesischen Berg- und Hüttenmännern den einschlägigen Einfluß ausübt, wird der Umwille der ober-schlesischen Großindustriellen, nachdem die Novelle zur Gewerbeordnung, das Hausarbeitsgesetz, das Arbeitskammergesetz und die Reichsversicherungsordnung kurz gestreift werden, in folgendem Gesamturteil zum Ausdruck gebracht:

„Im Hinblick auf alle diese neuen Vorlagen sozialpolitischer Gesetzgebung haben Industrie und Handel den dringenden Wunsch, daß die sozialpolitische Gesetzgebung nicht wie bisher der Sozialdemokratie ständig weitere Gelegenheit biete, die Arbeiterbevölkerung katastrophisch zu verheeren, und daß bei allen Wohlwollen (2) der Industrie für ihre Arbeiter vor allen Dingen eublich einmal ein Stillstand in der Gesetzgebung eintreten möchte. Handel und Industrie bedürfen dringend eines nicht zu kurz zu bemessenden Maßes der Gesetzgebungsmacht auf sozialem Gebiete, um sich in die erfolglosen Umwälzungen allmählich einzuleben. Die durch die ständigen neuen Gesetze bedingten Störungen des Erwerbslebens müssen und werden schließlich im letzten Ende auch für die Arbeiter selbst nachteilige wirtschaftliche Folgen haben.“

Wegen der letzteren Besorgnis brauchen die ober-schlesischen Großindustriellen sich ihre Köpfe nicht zu zerbrechen.

Kattowitz, 21. Juli. Der Streik in Schoppinig-Roschgin flaut immer mehr ab. Weitere 40 Mann sind nach Westfalen abgereist. Am 18. d. M. wurden weitere fünf Familien ermittelt. Zur Ermittlung bedient man sich rufender Arbeiter, wodurch die Erregung immer noch größer wird. Der Landrat ordnete an, daß die ermittelten Familien in den Schulen untergebracht werden sollen. Gegen weitere 53 Familien schwebt die Ermittlungsklage vor.

Kattowitz, 21. Juli. Oberschlesisches Kulturbild. Die dem Trunk eroberten Elemente Dlesch in Balenge gerieten in Wortwechsel. Dlesch versetzte seiner Ehefrau mit einem Revolver mehrere Schläge auf den Kopf, so daß diese zusammenbrach. Als die Verletzte sich wieder erhob und um Hilfe rufen wollte, nahm der liebevolle Mann eine Revolverkugel und ließ so lange auf seine Frau ein, bis die Schädeldedeckung zertrümmert war. Sodann trat der Unmensch dem bedauernswerten Opfer so lange auf den Unterleib, bis der Tod eintrat. Die Tochter sah diesem blutigen Schauspiel vom Hof zu und benachrichtigte die Polizei. Die Frau war 45 Jahre alt. Dlesch wurde verhaftet.

Beuthen, 21. Juli. Furchtbares Unwetter. Ein furchtbares Unwetter tobte Dienstag in ganz Oberschlesien. Mehrere Menschen wurden vom Blitze erschlagen. In Kollitz wurden zwei Bauarbeiter vom Blitze getroffen. Sie waren sofort tot. In Mieschowitz schlug der Blitz in eine große Menschenmenge und betäubte viele. Ein Fleischergehilfe wurde vom Blitsschlage getötet. Beim Schomberg schlug der Blitz in eine elektrische Kleinbahn, glücklicherweise ohne jemand zu verletzen. Ueber Friedland ging ein Hagelwetter nieder, das große Vermittlungen anrichtete. Die Hagelkörner hatten die Größe von Walnüssen.

Beuthen O.S., 21. Juli. Sozialdemokratischer Verein. Die letzte Mitgliederversammlung war leider schwach besucht. Genosse Aegler gab den Geschäftsbericht, aus welchem zu ersehen war, daß die behördlichen Schikanen trotz des „liberalen“ Reichsvereinsgesetzes noch zeitweilig schlimmer waren, als unter dem alten Gesetz. Genosse Purtsche gab den Quartals- und Jahresbericht, aus welchem hervorging, daß der Verein im letzten Jahre gute Fortschritte gemacht hat. In den Vorstand wurden die Genossen Bialyga als Vorsitzender, E. Purtsche als Kassierer und J. Schittko als Schriftführer gewählt. Zur Kreisversammlung nach Königshütte wurden sechs weitere Genossen gewählt. Ferner wurde mitgeteilt, daß der Landtagsabgeordnete Genosse Hoffmann am 28. Juli in Beuthen in einer öffentlichen Versammlung referieren wird.

Nikolai O.S., 21. Juli. Erschossener Wilderer. Im fürstlich Pleßschen Forst bei Goshyn wurde von dem Jäger Siemka ein junger Grubenarbeiter, der beim Wildern betrogen wurde, erschossen.

Nikolai O.S., 21. Juli. Vom Blitze erschlagen wurde die 18 Jahre alte Tochter des Grundbesizers Morawich in Jarzyce. Das Mädchen besand sich mit dem Bruder und anderen Personen auf dem Heimwege vom Felde und trug eine Senje auf der Schulter. Der Bruder wurde betäubt, die anderen Personen blieben unverletzt.

Radibor, 21. Juli. Gewerkschaftsversammlung. Am Montag fand im Wilhelmshagen eine vom Gewerkschaftskartell einberufene Gewerkschaftsversammlung statt, die hauptsächlich über Genosse Frappe vom Transportarbeiterverband referierte über „Die letzte Wirtschaftskrise und deren Lehren für die Arbeiter.“ Der Vortrag wurde mit Beifall aufgenommen. Obwohl Mitglieder gegnerischer Gewerkschaften vertreten waren, meldete sich niemand zur Diskussion. Der Vorsitzende, Genosse Ciernann, bedauerte in seinem Schlusswort das Verhalten der Facharbeiter und gab der Hoffnung Ausdruck, daß die freien Gewerkschaftler in Zukunft mehr Interesse an den Versammlungen nehmen möchten. Mit einem Hoch auf die internationale Arbeiterbewegung wurde die Versammlung geschlossen.

Roßbach, 21. Juli. Auch eine „Wahl.“ Bei der Ersatzwahl zum Abgeordnetenhaus wurde im Wahlkreis Kofel-Leobschütz Justizrat Witter-Breslau mit 356 von 357 abgegebenen Stimmen gewählt. Ein Gegenkandidat war nicht aufgestellt. Daß der neugewählte Abgeordnete dem Zentrum angehört, braucht nicht erst besonders betont werden, denn in Kofel-Leobschütz ist Schwarz Trumpf.

Steinitz, 21. Juli. Von einem glücklichen Eisenstab durchbohrt. Ein schrecklicher Unglücksfall ereignete sich in der Hermannshütte bei Laband. Dem schon 25 Jahre im Berg beschäftigten Arbeiter Dworczyk fuhr ein glühendes Eisenstück durch den Unterleib, so daß es am Rücken herauskam. Bei dem Versuch, sich selbst das Eisen herauszuziehen, verbrannte er sich noch schrecklich die Hände. Der Verunglückte ist Familienvater von sieben unversorgten Kindern und dürfte kaum mit dem Leben davonkommen.

**Der Mann in die Gewerkschaft!
Die Frau in die Genossenschaft!
Beide in die Bar**